Weltarbeit

58

Welt der Arbeit

MATERIALIEN
C 98 - 03318
DGB BILDUNGSWERK

Vorwort

Unter dem Stichwort „Neue internationale Arbeitsteilung" kündigte sich in den 70er und 80er Jahren eine Entwicklung in der Weltwirtschaft an, die damals von niemandem so richtig ernst genommen wurde. Zunächst wurde die arbeitsintensive Textil- und Bekleidungsproduktion in sogenannte Billig- oder Niedriglohnländer verlagert, später folgte die Elektronikindustrie. Seit Anfang der 90er Jahre geht auch anspruchsvollere Produktion diesen Weg. Lohn- und Steuerniveau, gewerkschaftliche Organisation, Exportquoten und Marktzugang – dies sind die Kriterien nach denen die transnationalen Konzeren heute entscheiden, wo produziert wird.

Zwar weiß niemand genau, welche Größenordnung die Produktionsverlagerung von den traditionellen „Heimat"-Standorten ins Ausland inzwischen tatsächlich angenommen hat. Dazu sind die Möglichkeiten, sich dem großen Angebot an weltweiter billiger Arbeitskraft zu bedienen, heute zu breit gefächert – von der direkten eigenen Auslandsproduktion über Tochtergesellschaften, Joint-ventures, Zulieferbeziehungen, passive Lohnveredelung bis hin zum Zukauf der gesamten Produktion.

Heute ist das Globalisierungskarussell richtig auf Touren gekommen. Es scheint, als ob der Globalisierungsprozeß sich verselbständigt hat und nicht mehr gesteuert werden kann. Vor allem die Finanz- und Arbeitsmärkte entziehen sich zunehmend jeder Kontrolle. Die Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit verschieben sich immer mehr zugunsten der Unternehmen. Wachstum ohne neue Arbeitsplätze, „Jobless growth", wie es auf Neuhochdeutsch heißt, ist an der Tagesordnung. Die Internationalisierung der Produktion konfrontiert Gewerkschaften außerdem nun zunehmend mit Arbeitsformen wie dem informellen Sektor (IS), Heimarbeit oder illegaler Beschäftigung, die sich dem traditionellen Instrumentarium gewerkschaftlicher Arbeit auf Betriebsebene weitgehend entziehen.

Aber ist die Globalisierung eine unabwendbare ökonomische Naturkatastrophe, die zwangsläufig in den Abgrund führt? Viele Experten prophezeien, daß es in wenigen Jahren Volkswirtschaften, wie wir sie bisher kannten, nicht mehr geben wird. Nationale Arbeitsmärkte und Sozialsysteme werden bis in ihre Grundfesten erschüttert. Kinderarbeit, die zunehmende Ausbeutung der Frau, anschwellende Migrationsströme, eine wachsende Schattenwirtschaft in fast allen Ländern der Erde, die Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte und Freie Produktionszonen (FPZ) sind dabei nur Ausschnitte aus dem Gesamtbild genannt „Globalisierung".

Trotz aller beängstigenden Tendenzen gibt es heute auch einige erfolgversprechende Ansätze, um diese Entwicklung langfristig in sozialverträgliche und ökologische Bahnen zu lenken. Sie setzen bei den Regierungen und Wirtschaftsbossen der westlichen Industrieländer (G 7), den transnational agierenden Unternehmen und bei den Regierungen jener Länder an, in denen soziale Mindeststandards mißachtet werden.

Mit der Broschüre „Welt der Arbeit – Weltarbeit" knüpfen wir an eine Reihe von Veröffentlichungen an, die wir mit Materialien zu Kakao, Blumen, Baumwolle, Spielzeug und Tabak begonnen haben. Allerdings orientieren wir uns hier nicht an einzelnen Produkten oder Produktbereichen, sondern versuchen, neue grundsätzliche Entwicklungen in der Arbeitswelt infolge der Globalisierung des Produktionsprozesses aufzuzeigen. Und dies betrifft die Arbeitnehmer in Nord und Süd gleichermaßen.

Günter Dickhausen
Vorsitzender des DGB-Bildungswerkes

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn
Bibliothek
C98 - 03318

Inhalt

In Sichtweite: Das Ende der nationalen Volkswirtschaften im herkömmlichen Sinne — Seite 4

Eine neue Liga der Weltwirtschaft: TNC bestimmen das Wirtschaftsgeschehen in der Welt — Seite 9

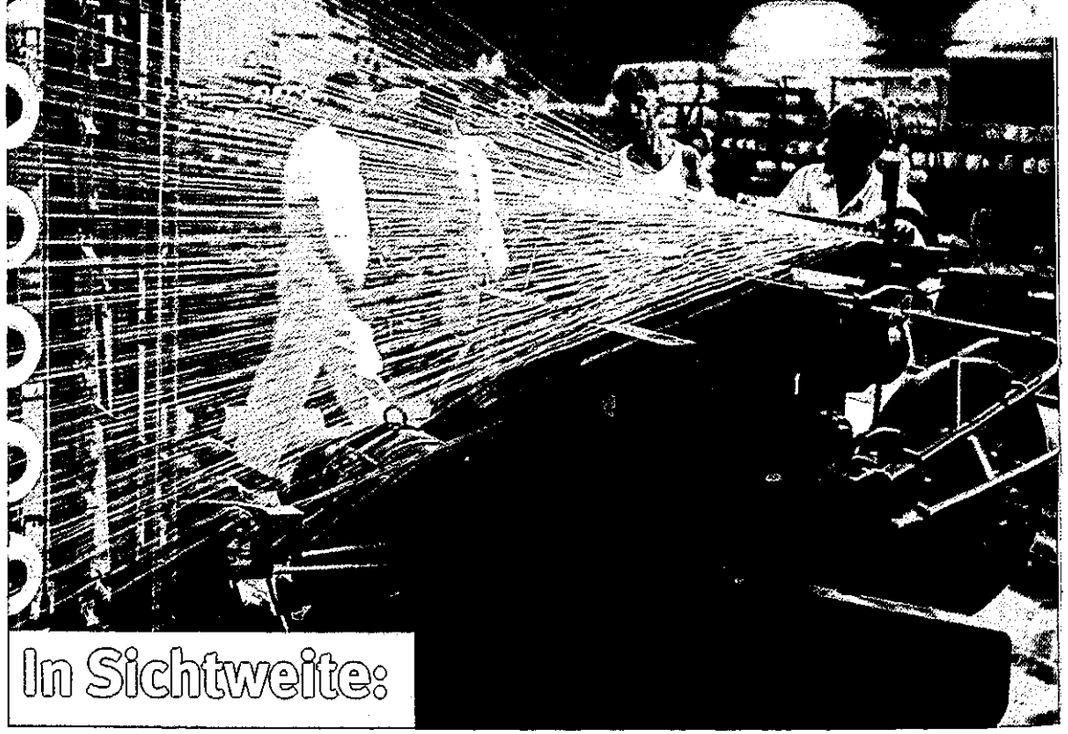
Wachstum ohne Ende, aber immer mehr Arbeitslose? — Seite 14

Wirtschaft im Schatten: Überlebenskampf ohne Regeln und Normen — Seite 18

Die Verlierer der Globalisierung: Frauen und Kinder — Seite 24

Literatur/Adressen — Seite 30

Weitere Materialien/Impressum — Seite 31



In Sichtweite:

Das Ende der nationalen Volkswirtschaften im herkömmlichen Sinne

Das Globalisierungskarussell dreht sich immer schneller

Was sich in den 70er und 80er Jahren unter dem Stichwort „Neue internationale Arbeitsteilung" in der Textil- und Bekleidungsproduktion abspielte, wurde – außer von den Betroffenen – nicht so richtig ernstgenommen. Die aufkommende Konkurrenz von Fertigprodukten aus einigen Dritte-Welt-Ländern ordnete man in die Sparte „arbeitsintensive Massenware" ohne Qualitätsanforderungen ein. Die „Neue internationale Arbeitsteilung" wurde daher als nicht oder kaum übertragbar auf die meisten anderen Branchen bewertet. Ein Trugschluß, wie sich seit Anfang der 90er Jahre herausstellt. Seither kommt das Globalisierungskarussell, das heißt die Internationalisierung auch qualitativ anspruchsvollerer Produktionen in sogenannte Billig- oder Niedriglohnländer, so richtig in Schwung.

Mit dem Ende des sozialistischen Modells in Mittelost- und Osteuropa 1989 hat sich das Angebot billigster Arbeitskraft noch einmal vervielfacht. Zwar weiß niemand so genau, welche Größenordnung z.B. Produktionsverlagerungen von den traditionellen „Heimat"-Standorten ins Ausland inzwischen tatsächlich angenommen hat. Dazu sind die Möglichkeiten, sich dem weltweiten Angebot an billiger Arbeit zu bedienen, heute zu breitgefächert – von der direkten eigenen Auslandsproduktion über Tochtergesellschaften, Jointventures (Teilproduktionen im Ausland), Zulieferbeziehungen, passive Lohnveredelung bis hin zum Zukauf der gesamten Produktion. In Extremfällen verwandeln sich große Gesellschaften in sogenannte „hohle Unternehmen", das heißt, sie produzieren überhaupt nichts mehr und überlassen sogar das Verpacken Zulieferern. Absatz und Marketing sind dann die einzigen Aktivitäten solcher Unternehmen.

Was kostet die Produktion wo?

„Wir durchleben derzeit eine Transformation, aus der im kommenden Jahrhundert neue Formen von Politik und Wirtschaft hervorgehen werden", so beschrieb Robert B. Reich, der ehemalige Arbeitsminister der US-amerikanischen Regierung Clinton, den wirtschaftlichen Umbruch in seinem Buch „Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie". „Es wird dann keine nationalen Produkte und Technologien, keine nationalen Wirtschaftsunternehmen, keine nationalen Industrien mehr geben. Es wird keine Volkswirtschaften mehr geben, jedenfalls nicht in dem Sinne, wie wir sie kennen. Alles, was dann noch innerhalb der Grenzen eines Landes verbleibt, sind die Menschen, aus denen sich eine Nation zusammensetzt."

Es sind grundlegende Strukturveränderungen in der internationalen Arbeitsteilung in Gang gekommen. Die Standortfrage „Was kostet die Produktion wo?" erschüttert die bisherigen nationalen Volkswirtschaften – insbesondere die Arbeitsmärkte und Sozialsysteme – bis in ihre Grundfesten.

Was ist passiert? Um diese Frage zu beantworten, muß man sich zunächst die alte „klassische" Weltarbeitsteilung ins Gedächtnis rufen. Nachdem die meisten Länder des Südens durch das Kolonialsystem in die entstehende Weltwirtschaft eingepaßt wurden, produzierten sie vorwiegend Rohstoffe, die in den Industrieländern des Nordens zu Fertigprodukten verarbeitet und dem „Rest der Welt' schließlich wieder angeboten wurden. Im Rahmen ihrer Entwicklungsanstrengungen nach dem Zweiten Weltkrieg, die sich entweder am Vorbild der östlichen oder westlichen Industrieländer orientierten und eine eigene industrielle Fertigung anvisierten, besannen sich die Entwicklungsländer auf ihren millionenfach vorhandenen „Rohstoff", ihre millionenfach vorhandenen billigen Arbeitskräfte. Sie stellten die Basis beim Aufbau eigener „Take-off"-Produktionen wie der Textil- und Bekleidungsindustrie. Sie fungierten gleichzeitig als Magnet für ausländisches Kapital und Direktinvestitionen.

Allerdings fehlten damals zunächst noch zwei wesentliche Voraussetzungen, nämlich elektronische Kommunikationstechnologien und günstige Transportpreise, um diese mehr oder weniger brachliegende Arbeitskraft rentabel nutzen zu können. Aber als dann revolutionäre Innovationen der Elektronikindustrie und rapide sinkende Transportkosten die rasche, lückenlose und preiswerte Kommunikation und den Warentransport rund um den Globus ermöglichten, wurden die Arbeitskräfte für Konzerne und Großunternehmen überaus attraktiv und rentabel. Sie entledigten sich zunehmend ihrer nationalen Bindungen und begannen weltweit nach den günstigsten Produktionsbedingungen zu suchen.

Der Begriff „Globalisierung" hat längst den Begriff „Neue internationale Arbeitsteilung" abgelöst. Dies ist nicht nur eine sprachliche Spielerei, sondern signalisiert eine qualitative Veränderung des Internationalisierungsprozesses der Produktion, der sich vor allem durch enorme Beschleunigung und Ausweitung auf annähernd alle Branchen auszeichnet. Schwang bei der „Neuen internationalen Arbeitsteilung" noch die Vorstellung einer gewissen Ordnung und Übersicht in einer sich verändernden Arbeitswelt mit, so zeigt sich das, was heute unter Globalisierung verstanden wird, immer mehr als Prozeß, der sich verselbständigt hat und den zur Zeit niemand mehr ganz überblickt, geschweige denn steuern kann. Vor allem die Entwicklung der Finanz- und der Arbeitsmärkte zeigt deutlich, daß sie sich zunehmend jeder Kontrolle entziehen. Und Frauen- und Kinderarbeit, Migration und Freie Produktionszonen sind nur einzelne Mosaiksteine, aus denen sich das Gesamtbild „Globalisierung" zusammensetzt.

Was bedeutet Globalisierung für ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften?

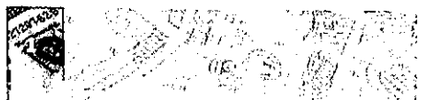
Gewerkschaften sind heute mit der Situation konfrontiert, daß Unternehmen mit ihrer Produktion nicht mehr an einen bestimmten Ort oder an ein Land gebunden sind. ArbeitnehmerInnen hingegen sind dies in der Regel sehr wohl. Diejenigen, die sich nicht mehr anders zu helfen wissen als zu migrieren und der Arbeit hinterherzureisen, landen aufgrund immer strengerer nationaler Einreise- und Aufenthaltsbedingungen häufig in der Illegalität und damit in der Rechtlosigkeit.
Die Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit verschieben sich immer mehr zugunsten der Unternehmen. Das lange Zeit als sicher geglaubte, wenn auch nicht immer harmonische, aber dennoch einigermaßen ausgewogene Miteinander im volkswirtschaftlichen Interesse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, steht in den westlichen Industrieländern zur Disposition. Die Internationalisierung der Produktion konfrontiert Gewerkschaften nun mit ArbeitsWELTEN und Arbeitsformen wie dem informellen Sektor (IS), Heimarbeit oder illegaler Beschäftigung, die sich dem traditionellen Instrumentarium gewerkschaftlicher Arbeit auf Betriebsebene weitgehend entziehen.
Salopp formuliert, läßt sich durchaus feststellen, daß die Gewerkschaften in den reichen Ländern des Nordens von diesen Veränderungen der Arbeitsbeziehungen und Machtverhältnisse ziemlich „kalt erwischt" wurden. Im (Rück-)Blick auf die eigene erfolgreiche Geschichte war man davon überzeugt, daß die Entwicklung der Dritte-Welt-Länder immer nur ein nachholender, an den Lebens-, Arbeits- und Sozialsstandards in den Industrieländern orientierter Aufholprozeß sein könne. Ein „Race to the bottom", eine Annäherung zwischen beiden Welten, wie sie sich im Moment abzeichnet, konnte und wollte sich offensichtlich kaum jemand vorstellen.

Aber diese neue globale Arbeitswelt, in der sich weltweit Menschen auf der verzweifelten Suche nach Einkommen gegenseitig ins soziale Abseits konkurrieren, ist Realität:

- Bauarbeiter aus Osteuropa konkurrieren auf deutschen Baustellen mit deutschen Bauarbeitern.
- Frauen sind weltweit als Arbeitskräfte mehr gefragt als Männer, solange sie billig und fügsam sind.
- Eine Näherin aus Mönchengladbach hat gegen eine Heimarbeiterin in Bangladesch keine Chance, obwohl sie an vorletzter Stelle der bundesdeutschen Lohnhierarchie steht.
- Kinder wiederum verdrängen Frauen, weil sie noch weniger kosten.

Gewerkschaften müssen sich also neu orientieren in EINER ArbeitsWELT, die sich als geschlossene, integrierte Einheit präsentiert, in der aber gleichzeitig ZWEI WELTEN heftig aufeinanderprallen:

- Nämlich eine Welt, in der die Arbeiterbewegungen in den letzten hundert Jahren grundlegende soziale Rechte, Interessenvertretung für ihre Mitglieder und einen beachtlichen Lebensstandard für den Großteil der Bevölkerung erkämpft hat
- und eine Welt, die solche Rechte und einen solchen Lebensstandard bislang nur für wenige kennt.

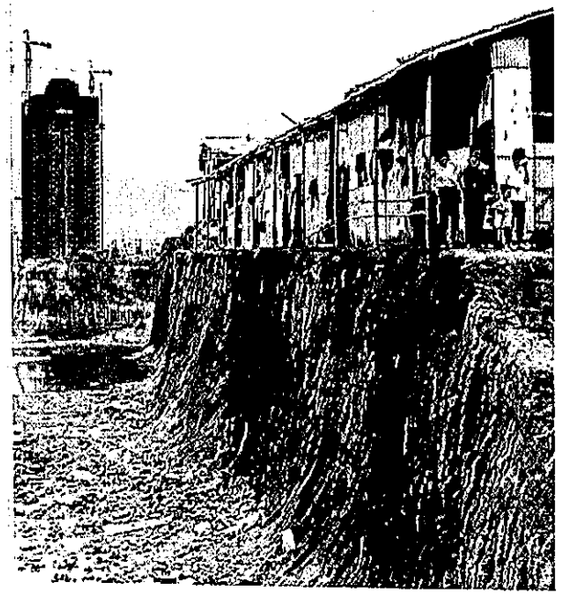


Ist die Globalisierung der Arbeit sozial beherrschbar?

Führt die Globalisierung von Produktion und Arbeit zwangsläufig zu einer „Spirale nach unten"? Zu einer unabwendbaren, ökonomischen Naturkatastrophe, der die ArbeitnehmerInnen machtlos ausgeliefert sind? Oder greifen nur die alten Instrumente nicht mehr, mit denen der Kapitalismus zur Einhaltung verbindlicher Spielregeln gebracht wurde? Die Antwort scheint zunächst einfach: Es sind neue Akteure ins Spiel gekommen, und daher müssen auch die Spielregeln neu verhandelt werden. Angesichts der derzeit weltweit gültigen Wirtschaftstheorie des Neoliberalismus ist dies jedoch schwierig, denn sie sieht die Ursachen aller ökonomischen Krisen in den gemeinsamen (Spiel)Regeln von Arbeit, Kapital und Staat. Unternehmer, Wirtschaftsmanager und Regierungen verlangen daher nach einem „freien Spiel der Kräfte", mit dem das größte Wachstum zu erreichen sei.
Doch wirtschaftliches Wachstum allein, dies zeigen besonders die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit, führt nicht automatisch zu mehr Arbeitsplätzen. Wachstum ohne neue Arbeitsplätze, „Jobless growth", wie es auf Neuhochdeutsch heißt, ist an der Tagesordnung. Daher verweist beispielsweise das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Program, UNDP) in seinem „Bericht über die menschliche Entwicklung 1996" vage darauf, daß der Neoliberalismus der positiven Verbindung mit einer gezielten Politik bedürfe. Aber wo der Hebel bei einer von allen Regeln und Kontrollen befreiten „freien Marktwirtschaft" anzusetzen ist, die den Blick darauf weitgehend verstellt, wer eigentlich für was verantwortlich ist und und wo interveniert werden muß, verrät die Publikation nicht.
Was tun?
Drei Akteure sind derzeit besonders in der Diskussion: die Regierungen und Wirtschaftsbosse der westlichen Industrieländer (G 7), die transnational agierenden Unternehmen und die Regierungen jener Länder, in denen soziale Mindeststandards mißachtet werden, um möglichst wettbewerbsfähig und attraktiv für ausländisches Kapital zu sein. Dabei werden die derzeit erörterten Strategien weltweit verbindlicher sozialer und öko-

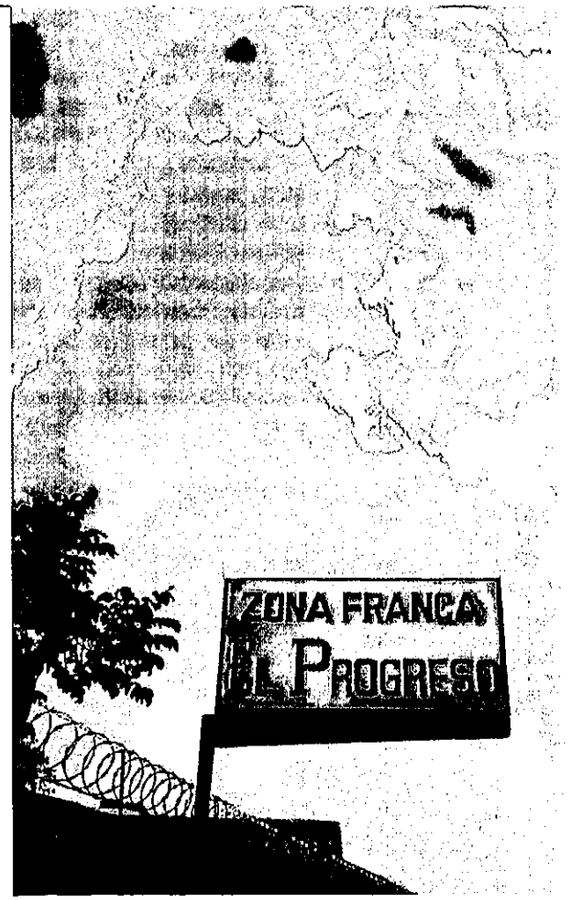
logischer Mindeststandards mit dem Akteur verbunden, den man primär als verantwortlich ansieht. In der Debatte um Sozialklauseln in internationalen Handelsverträgen, vor allem in der Welthandelsorganisation (WTO), werden Handelseinschränkungen oder -erleichterungen diskutiert. Durch Druck oder mit Anreizen sollen einzelne Regierungen veranlaßt werden, besonderes krasse Fälle von Arbeitsrechtsverletzungen zu beheben. Als Maßstab für die zu setzenden Mindeststandards werden die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) vorgeschlagen.

Ein zweiter Ansatz nimmt nicht primär die Regierungen der Niedriglohnländer ins Visier, sondern die global agierenden Unternehmen. Informations- und Aufklärungsarbeit soll die KonsumentInnen sensibilisieren und durch ihr Kaufverhalten beispielsweise große Textil- und Bekleidungsunternehmen bewegen, sich zu ihrer Verantwortung für die Arbeitsbedingungen zu bekennen, unter denen von ihnen vertriebene Waren hergestellt werden. Dazu hat sich beispielsweise die US-amerikanische Bekleidungsfirma GAP aufgrund massiven Drucks von Gewerkschaften, Kirchen- und Frauengruppen bereit erklärt. Sie will in Zukunft bei ihren Produzenten die Einhaltung sozialer Mindeststandards von einer unabhängigen Kommission überprüfen zu lassen.



Gerade der Ansatz der „Politik mit dem Einkaufskorb" ist ein Beispiel für ein neues, erweitertes Verständnis von Gewerkschaftsarbeit. Dabei identifizieren und solidarisieren sich nicht gewerkschaftlich organisierte Bevölkerungsgruppen mit den Zielen und Interessen von ArbeitnehmerInnen. Solche sich überschneidenden Interessen haben beispielweise anläßlich der Verhandlungen über das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA zu einem „Coalititon building" geführt. Mit ihrer Kritik an einem ausschließlich marktzentrierten internationalen Handel standen die Gewerkschaften in den USA und Kanada nicht allein. Aus unterschiedlichen Motiven beteiligten sich insbesondere Interessenorganisationen von Frauen, die Kirchen und Umweltschützer an politischen Aktionen gegen Freihandelsabkommen im nordamerikanischen Raum. Ihren Mobilisierungs- und Informationstätigkeiten war es zu verdanken, daß Bill Clinton als Präsidentschaftskandidat 1992 Nachverhandlungen für die Themenbereiche Umwelt und Arbeit versprach. „Inwieweit es gelingt, eine Zusammenarbeit zwischen potentiellen Verbündeten zu entwickeln, ist zur Zeit noch nicht absehbar", meint der Politologe Norbert Malinowski von der Ruhr-Universität Bochum. „Es handelt sich keineswegs um einen ‚automatischen' Mechanismus, der allein aufgrund existierender Interessenüberschneidungen, z.B. bei der Aufnahme von Umweltklauseln in internationale Handelsverträge, nur aktiviert werden muß. In der Vergangenheit belasteten Partikularinteressen und überzogenes Mißtrauen vielfach die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen ‚Organisationskulturen'. Deshalb sollte das gewerkschaftliche Instrument des Coalition building als konstruktiver und stetiger Arbeitsprozeß begriffen werden, der die Möglichkeit eröffnet, im Zuge des fortschreitenden Globalisierungsprozesses nicht nur passiv zu reagieren, sondern selbst initiativ zu agieren, ohne sich dabei selbst funktional zu überfordern." □

TNC bestimmen das Wirtschaftsgeschehen in der Welt



Transnationale Konzerne: International, aber ohne soziale Verantwortung

Transnationale Konzerne (TNC) sind die Zugpferde der wirtschaftlichen Globalisierung und deren eigentliche Nutznießer. Sie überspringen nationale Grenzen, entledigen sich dabei nationaler Arbeits- und Sozialgesetzgebung und verfügen über die entsprechenden finanziellen und logistischen Kapazitäten, um weltweit die günstigsten Produktionsstandorte zu suchen und auszunutzen. Gegen ihre geballte Macht scheint im Moment kein Kraut gewachsen.

Die TNC nutzen den internationalen Freiraum für ihre Interessen konsequent. Im Rahmen der Freihandels- und Deregulierungspolitik der meisten Regierungen existiert für sie kaum noch ein Hindernis. Der „freie" Welthandel scheint dem transnational agierenden Kapital die Macht zu verleihen, den Errungenschaften von über 100 Jahren Arbeiter- und Sozialbewegung über Nacht den Garaus zu machen. Als diejenigen, die letztendlich darüber entscheiden, wem sie den Standortzuschlag für ihre Produktion erteilen, werden sie selbst von solchen Regierungen hofiert, die sich in ihren Programmen noch nicht von der sozialen Verantwortung des Staates verabschiedet haben.

Die Alternative zum internationalen Wirtschaftstreiben von Unternehmen liegt aber nicht in einer nationalistisch orientierten Politik des „Kauft nur Produkte ‚made in Germany'". Schon allein aufgrund der undurchschaubaren internationalen Produktionsverflechtungen – die Herkunftsetiketten sind den Stoff nicht mehr wert, auf dem sie stehen – ist dies kein gangbarer Weg. Erstrebenswert sind hingegen andere Formen von „BeGRENZUNGEN". Machtkonzentration und Ausbeutung müssen durch soziale Regeln auch auf der globalen Ebene begrenzt werden. Als „Zugpferde der Globalisierung" müssen daher zu allererst die TNC von der Politik wieder an die soziale Leine genommen werden. Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist die 1994 von der EU verabschiedete Richtlinie für europäische Betriebsräte.

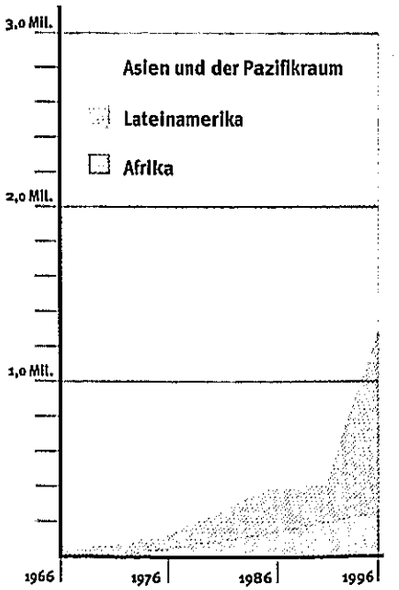
TNC: Unternehmen der Weltklasse

Noch immer beschreiben Volkswirtschaftler und Politiker das globale Handelssystem so, als ob nur die Länder der Welt untereinander Waren kaufen und verkaufen würden. Statistiken weisen lediglich nationale Importe und Exporte aus. Aber die traditionelle Rolle der nationalen Märkte wird längst von einem neuen Wirtschaftssystem transnationaler Konzerne überlagert. Inzwischen entfällt mehr als ein Drittel des Welthandels auf Interfirmenhandel, auf Warenaustausch zwischen Mütter- und Tochtergesellschaften der transnationalen Konzerne. Ein weiteres Drittel des weltweiten Warenumsatzes im Wert von über vier Milliarden Mark wickeln die Giganten untereinander ab. Dieser innerbetriebliche Warenverkehr und der Handel der TNC untereinander – und damit die Firmenpolitik – bestimmen die Handelsströme von Land zu Land immer mehr.
Weltweit erwirtschafteten Mitte der 90er Jahre über 40.000 transnationale Konzerne zusammen mit ihren 250.000 Tochtergesellschaften weit über sechs Billionen US-$, wobei sich die Wirtschaftskraft aber auf wenige Unternehmen konzentriert. So verfügen allein die 100 größten transnationalen Konzerne über ein Gesamtvermögen von über fünf Billionen US-$. Mehr als versiebenfacht hat sich dabei der Umsatz der 500 größten TNC in den letzten 25 Jahren, von rund 720 Milliarden US-$ 1971 auf über 5,5 Billionen US-$ Mitte der 90er Jahre. Nur die Belegschaft dieser Unternehmen ist im selben Zeitraum mit rund 26 Millionen Mitarbeitern gleich geblieben.

Das Credo der Weltbank: Liberalisierung als Allheilmittel gegen Arbeitsmarktprobleme

Die Weltbank hat vielfach geäußerten Befürchtungen widersprochen, daß die Konkurrenz billiger Arbeitskräfte in den armen Ländern zu sinkenden Löhnen und Arbeitsplatzabbau in den Industrieländern führe. Für die anhaltende Arbeitslosigkeit in Europa und die wachsenden Lohnunterschiede in Nordamerika machen die Weltbankökonomen innerstaatliche Faktoren der reichen Länder verantwortlich. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit resultiere dort vor allem aus der sinkenden Nachfrage nach ungelernten Arbeitskräften infolge der technologischen Veränderungen sowie starrer Lohn- und Sozialversicherungssysteme.
So fordert die Weltbank eine weitere Öffnung der Märkte und eine stärkere marktwirtschaftliche Ausrichtung. Davon würden Entwicklungs-, Transformations- und Industrieländer gleichermaßen profitieren. Gleichzeitig empfiehlt die Washingtoner Organisation staatliche Investitionen zur Aus- und Fortbildung und zur öffentlichen Gesundheitsvorsorge, die in erster Linie Frauen und Kindern zugute kommen sollen.

Beschäftigte in Freien Produktionszonen



(Quellen: 86 IAO, 96 IBFG, eigene Berechnungen)

Brautwerbung – Oder: Die internationale Konkurrenz um Arbeitsplätze

Wer einmal in der Kommunalpolitik aktiv war, kennt das Problem: Jede Kommune bemüht sich, ihren lokalen Standort für die Ansiedlung von Fabriken und Dienstleistungsunternehmen so attraktiv wie möglich zu gestalten, um Arbeitsplätze zu schaffen und um Gewerbesteuern einzunehmen. Um in Konkurrenz mit anderen Städten die Nase vorn zu haben, muß sie sich etwas einfallen lassen. Für kostengünstige Gewerbeflächen, gut ausgebaute Infrastruktur, Subventionen beim Bau von Geschäftsgebäuden und viele weitere Anreize mehr geben viele Städte inzwischen Millionen aus, um die Standortentscheidungen der Unternehmen zu ihren Gunsten zu beeinflussen.
Ein ganz ähnlicher Konkurrenzkampf spielt sich seit etlichen Jahren mit zunehmender Härte weltweit ab. Seitdem räumliche Distanz durch neue Kommunikationstechnologien und sinkende Transportkosten für Produktionsprozesse keine Hindernisse mehr darstellen, sind Konzerne und Unternehmen rund um den Globus auf der Suche nach kostengünstigen Produktionsstandorten. Dazu richten immer mehr Länder sogenannte Freie Produktionszonen (FPZ) ein. Sie bieten inzwischen so ziemlich alles, was die moderne Unternehmensphilosophie begehrt: Steuerfreiheit, Zollfreiheit und vor allem Freiheit von lästigen Arbeits- und Sozialgesetzgebungen.

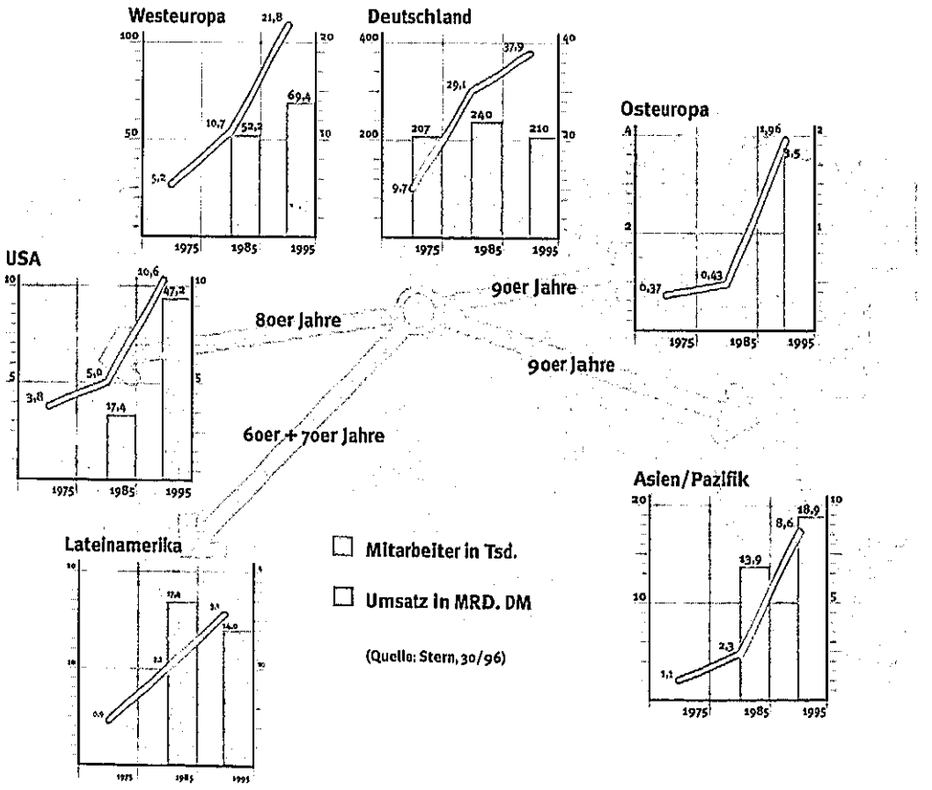
Der Siegeszug der FPZ

Als Ende der 50er Jahre in Irland auf dem stillgelegten Shannon-Flughafen die erste Freihandelszone eingerichtet wurde, war sie zunächst für einige Jahre ein Unikum in der Welt. Die irische Idee, eine wirtschaftlich schwache Region durch besonders günstige Produktionsbedingungen für ausländisches Kapital attraktiv zu machen, wurde von der UN-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) und der UN-Konferenz für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD) aufgegriffen und den Entwicklungsländern als erfolgversprechendes Instrument zur Industrialisierung empfohlen. Mitte der 60er Jahre – 1965 nahe Bombay in Indien, 1966 in Kahsiung in Taiwan – wurden die ersten FPZ in Entwicklungsländern in Betrieb genommen. Zur selben Zeit richtete die mexikanische Regierung eine 20 Kilometer breite Sonderzone entlang der US-amerikanischen Grenze ein, und auch in der Karibik entstanden die ersten Wirtschaftsenklaven.

Der Daimler-Chrysler-Zusammenschluß – oder: Das Kapital hat Flügel bekommen

Kurz vor Drucklegung dieser Broschüre tickerte die Meldung von der Daimler-Chrysler-Fusion in die Redaktionen. Damit ist ein neuer Wirtschaftsgigant entstanden, der mit einem addierten Jahresumsatz von 234 Milliarden Mark nach General Motors und Ford Platz drei auf der Liste der weltgrößten Industriebetriebe belegt. Dabei ist jedoch nicht die schiere Umsatzgröße bemerkenswert, sondern die Tatsache, daß zwei gesunde Giganten glauben, langfristig in der Weltliga allein nicht mehr bestehen zu können und daher zusammengehen. Und schon sind weitere Autohersteller im Blickfeld des neuen Giganten: Der LKW-Bereich von Nissan beispielsweise.
Damit wird ein neues Kapitel in der Weltwirtschaft aufgeschlagen. Experten prognostizieren, daß es in wenigen Jahren weltweit nicht einmal mehr 10 Autohersteller geben werde. In anderen Branchen, etwa bei Computerherstellern, Versicherungen, Banken, Touristikunternehmen, Medienkonzernen und in der chemischen Industrie, hat diese Fusiomania schon eingesetzt und Konglomerate entstehen lassen, die sich der Kontrolle von Staatschefs, Parlamenten und Regierungen längst entzogen haben. Manager, die inzwischen über Geldmengen von der Größe des Haushalts kleinerer westlicher Industrieländer gebieten, sind mächtiger als Staatenlenker. General Motors oder Ford setzen allein mehr um, als über fünf Millionen Dänen zusammen in einem Jahr erwirtschaften. Längst haben die Großkonzerne jene Grenzen gesprengt, als ihr Jahresumsatz noch in Größenordnungen des Bruttosozialprodukts von Schwellenländern gemessen werden konnte.
Obwohl zwei Drittel aller Firmenfusionen scheitern und zu teuren Fehlschlägen führen, kann anscheinend nichts immer neue Unternehmenszusammenschlüsse aufhalten. Datenbanken verzeichneten dem „Spiegel" Nr. 20/1998 zufolge Ende 1997 weltweit mehr als 23.000 Aufkäufe und Zusammenschlüsse und damit doppelt so viele wie 1996. Das Volumen aller Fusionen wuchs auf die gigantische Summe von 1,6 Billionen US-$.

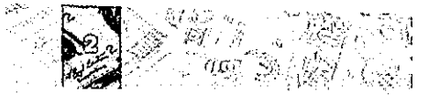
Wie Siemens zum Global Player wurde



Inwieweit die gewünschten Impulse für die Zulieferindustrien tatsächlich eingetreten sind, und ob sie wirklich den Anstoß zu einer breitgefächerten einheimischen Industrieproduktion liefern, ist umstritten. Klar ist hingegen, daß Unternehmen weltweit diese „Sonderangebote" der Regierungen zunehmend nutzen und zwar vor allem arbeitsintensive Branchen wie die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Elektronik- und die Spielwarenindustrie.

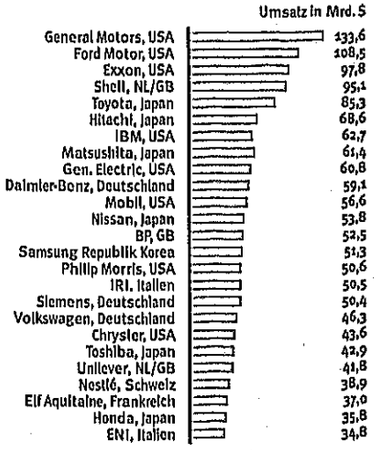
Seit einigen Jahren schießen die FPZ wie Pilze aus dem Boden. Die Zahl der weltweit dort Beschäftigten stieg seit 1975 von rund 550.000 in 47 FPZ in 25 Ländern auf heute über fünf Millionen Menschen: rund 1,5 Millionen arbeiten in Lateinamerika und in der Karibik, etwa 250.000 in Afrika und weit über drei Millionen in Asien. Nicht mitgerechnet sind hier die 14 bis 40 Millionen Chinesen, die in den Sonderwirtschaftszonen, in den sogenannten offenen Grenz- und Provinzstätten, in den Touristenzentren, Freihäfen und zollfreien Zonen arbeiten.

Neben direkten finanziellen Anreizen lockt internationale Investoren vor allem die Aussicht auf billige und fügsame Arbeitskräfte. Diese Eigenschaften sind eng verbunden mit der Arbeit und dem Verhalten von Frauen, die rund 80 Prozent aller Beschäftigten in den FPZ stellen. In der Regel



sind sie zwischen 13 und 25 Jahre alt. Man brauche die geschickten Hände der Frauen, heißt die Standardformel der Textil-, Bekleidungs- und Elektronikunternehmen. Tatsächlich aber meint man unerfahrene und eingeschüchterte Arbeitskräfte, die auch nach 12, 13 Stunden monotoner und anstrengender Arbeit nicht zu klagen wagen. Abgesichert wird ihre widerspruchslose Anpassung

Die 25 größten Industrie TNCs der Welt



(Quelle: ICDA 1995)

Was ist eine Freie Produktionszone?

Freie Produktionszonen sind ausgewiesene Industriestandorte – meist durch hohe Mauern und Zäune klar von ihrer Umgebung abgegrenzt und abgeschirmt – mit außerst günstigen, ja paradiesischen Produktionsbedingungen. Um Investoren und Unternehmen in das quasi exterritoriale Produktionsgelände zu locken, werden die andernorts gültigen Zoll-, Handels- und Steuerbestimmungen des jeweiligen Landes außer Kraft gesetzt. Die Unternehmen können in der Regel:

- ☐ zollfrei Material und Rohstoffe zur Weiterverarbeitung importieren und reexportieren.
- ☐ zollfrei Kapital ein- und Gewinne ausführen.
- ☐ von einer langfristigen, zumeist zwischen 10- bis 15jährigen vollkommenen Steuerbefreiung ausgehen.
- ☐ kostenlos auf Infrastruktureinrichtungen zurückgreifen.

Dies macht besonders die sogenannte „passive Lohnveredelung" attraktiv, bei der arbeitsintensive Vorgänge – beispielsweise das Zusammennähen einzelner Stoffteile – in Billiglohngebiete verlagert werden. Neben Straßen, Wasser- und Elektroversorgung werden Betriebsgebäude zu minimalen Mieten und Unterkünfte für die Beschäftigten geboten.

an die Bedürfnisse der Produktion zudem durch Verbot oder Behinderung jeglicher gewerkschaftlicher Organisierung und Interessenvertretung in den Unternehmen. Ungeachtet geltender Arbeits- und Sozialgesetzgebung, gewähren die Regierungen den Multis uneingeschränktes „Hausrecht", denn das ist einer der wichtigsten „Standortvorteile" im Rennen um die Ansiedlung von Industrieanlagen und Arbeitsplätzen. ☐

Wachstum ohne Ende, aber immer mehr Arbeitslose?

Südostasien: Die Situation ist unübersichtlich

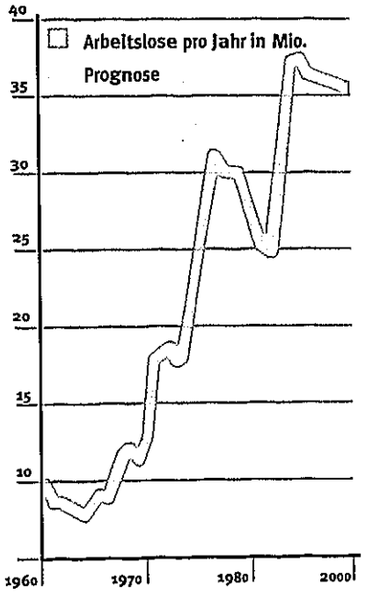
Mehrere hundert Tote forderte der Aufstand in Indonesien bisher. Die Benzinpreiserhöhung brachten das Faß zum Überlaufen. Steigende Arbeitslosigkeit, Währungsverfall und damit einhergehende Kaufkraftverluste sowie die harten Auflagen des Internationalen Währungsfonds haben das Land zeitweise an den Rand des Bürgerkriegs geführt. Präsident Suharto ist zurückgetreten, und doch weiß niemand, wie es in der Inselrepublik weitergeht. Mindestens 13 Millionen Arbeitslose wird das Land nach Gewerkschaftsschätzungen Ende 1998 verzeichnen. Und die Hälfte des 200 Millionen Einwohner zählenden Landes wird unter die Armutsgrenze fallen.

Lange Zeit bildeten die Länder Südostasiens, vor allem Malaysia, Taiwan, Südkorea und Singapur, aber auch Thailand und Indonesien eine Ausnahme in der meist „trüben" Situation auf dem globalen Arbeitsmarkt. Die mit zweistelligen Wachstumsraten boomenden Volkswirtschaften schufen immer neue Arbeitsplätze. Zeitweise wurden Fachkräfte händeringend gesucht. Doch seit Ende '97, Anfang '98, seit den Kurseinbrüchen, der Börsenpanik, den Firmenkonkursen und der Exportflaute bangen auch in dieser Boomregion immer mehr Menschen um ihren Arbeitsplatz und ihre Existenz. Noch läßt sich dieser neue Trend in den Arbeitslosenstatistiken kaum ablesen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Statistiken mehr als lückenhaft sind. So sind die 100 Millionen überflüssigen Arbeiter in den ländlichen Gebieten des Riesenreiches China in keiner Übersicht verzeichnet. Viele Experten schätzen daher auch die politische Ordnung Chinas trotz immenser Wachstumsraten als sehr zerbrechlich ein. Zumal das chinesische Arbeitsministerium bereits vor einigen Jahren damit rechnete, daß es zur Jahrtausendwende über eine Viertelmilliarde Arbeitslose geben wird.

OECD-Länder: Die Jüngeren kennen Vollbeschäftigung nur noch aus Geschichtsbüchern

Weltweit ist die Arbeitslosigkeit hoch und nimmt zu. Offiziell verzeichnen die Statistiken global zwar „nur" 120 Millionen Arbeitslose – rund fünf Prozent aller arbeitsfähigen Menschen. Aber in Wirklichkeit dürfte ihre Zahl weitaus höher liegen, zumal in amtlichen Statistiken die Arbeitslosenquote vieler Länder fehlt und die Angaben anderer beschränkt aussagefähig sind, weil die Beschäftigung auf dem Lande und im informellen Sektor der Städte kaum berücksichtigt wird.
Nur für die OECD-Staaten gibt es einigermaßen verläßliche Zahlen, und sie steigen an. Die Spanne reicht von mehr als vier Prozent in Japan bis zu über 22 Prozent in Spanien. Insgesamt sind mehr als 36 Millionen Menschen von Erwerbslosigkeit betroffen. Dazu kommen die „entmutigten Arbeitnehmer", jene, die sich erst gar nicht arbeitslos melden. Über vier Millionen haben inzwischen die Hoffnung aufgegeben, nochmals einen akzeptablen Arbeitsplatz zu finden. Millionen weiterer Menschen verrichten Teilzeitarbeit. Unter den Entmutigten und den Teilzeitbeschäftigen ist der Frauenanteil auffällig hoch. In Australien machen sie drei Viertel der Entmutigten und in Japan über 70 Prozent der unfreiwillig teilzeitbeschäftigten Erwerbsbevölkerung aus. Aber auch Jugendliche sind in hohem Maße von Erwerbslosigkeit betroffen: In Frankreich ist jeder vierte 15- bis 24jährige und in Italien sogar jeder Dritte in dieser Altersgruppe ohne Arbeit.
Und nirgendwo sind Arbeitsplätze unsicherer als in den Vereinigten Staaten von Amerika. Zwar wächst dort die Wirtschaft, und die Arbeitslosigkeit ist

Arbeitslose in den OECD-Staaten 1960 – 1998

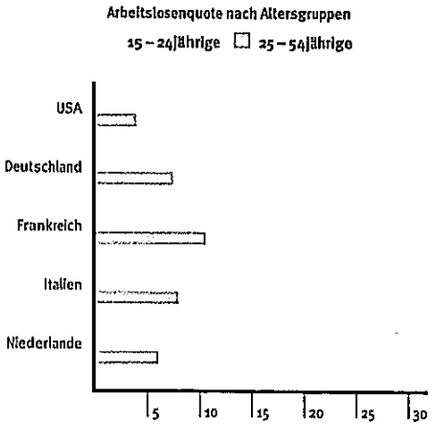


(Quellen: OECD Economic Outlook Dec. 1996 und Employment Outlook 1996; IMF 1996)

vergleichsweise niedrig, aber die Devise „hire and fire" regiert in allen Branchen. Ein Drittel aller in einer neuen Erhebung Befragten beklagen existentielle Einbrüche, da entweder sie selber oder ein Familienangehöriger seinen Arbeitsplatz verlor.

Jugendarbeitslosigkeit

in ausgewählten Industrieländern 1995



(Quelle: OECD Employment Outlook 1996)

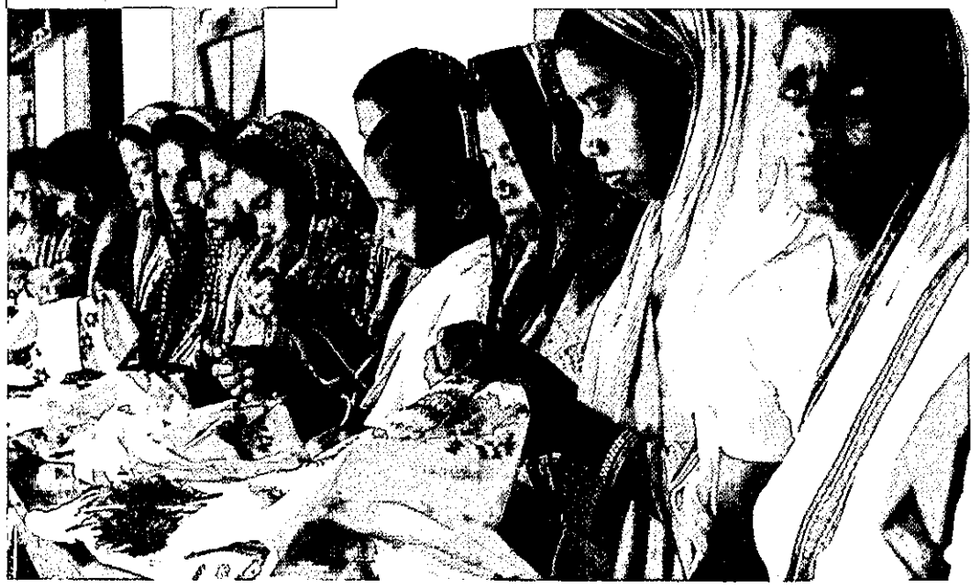
Der informelle Sektor: Letzte Hoffnung für viele Menschen

Seit 1990, dem Beginn des Reformprozesses in Osteuropa und den GUS-Staaten, ist die Arbeitslosigkeit dort von praktisch Null rasant in die Höhe geschnellt. Angesichts der weiterhin zweistelligen Arbeitslosenquoten kann trotz Wirtschaftswachstums keine Entwarnung gegeben werden. Vielmehr ist aufgrund steigenden Wettbewerbsdrucks zu erwarten, daß die ehemals staatlichen Unternehmen weitere Arbeitnehmer entlassen werden.
In den nichtbaltischen Nachfolgestaaten der UdSSR ist die Lage noch dramatischer. Die vergleichsweise niedrigen offiziellen Arbeitslosenquoten können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Millionen Menschen verdeckt arbeitslos sind und viele nur unregelmäßig Lohn bekommen. Nach Jahrzehnten staatlich garantierter Vollbeschäftigung und schmerzlicher Umstrukturierung wächst zudem die Zahl der „working poor", der armen Beschäftigten. Viele Menschen haben bereits mehr als einen Job, um über die Runden zu kommen, und der informelle Sektor wächst.
Auch in Afrika und Lateinamerika wächst vor allem dieser Sektor. Zwar erholen sich heute die lateinamerikanischen Länder nach den Beschäftigungs- und Lohneinbrüchen der 80er Jahre langsam, allerdings wächst in den meisten Ländern des Kontinents die Erwerbsbevölkerung rascher als das Angebot an neuen Arbeitsplätzen. Daher arbeitet in allen Ländern des Kontinents über die Hälfte der Menschen im informellen Bereich, in Paraguay und Peru sind es sogar drei von vier Erwerbstätigen.
In Afrika ist die Situation ähnlich, dort scheint sogar der informelle Bereich mehr als gesättigt. In zahlreichen städtischen Gebieten hat die offene Arbeitslosigkeit bereits ein schlimmes Ausmaß erreicht und nimmt – besonders unter der Jugend – weiter zu. In Kenia ist die Quote der Jugendarbeitslosigkeit – gegenüber einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit in den städtischen Gebieten von 10 Prozent – bereits auf 29 Prozent, in Algerien auf 21 Prozent angestiegen.

Wachstum muß den Menschen zugute kommen

Überall in der Welt wird die Qualität der Arbeitsplatzangebote zunehmend unbefriedigender, die Arbeitsplatzsicherheit immer fragwürdiger. Sowohl in den Industrienationen als auch in den Entwicklungsländern müssen Erwerbstätige immer öfter Teilzeit- und Akkordarbeit verrichten. Vor allem in den Entwicklungsländern entstehen Arbeitsplätze hauptsächlich im informellen Bereich. Die dort Beschäftigten können ihre Kreativität und ihr unternehmerisches Geschick nur mühsam entfalten; in der Regel verfügen sie allenfalls über eine dünne Kapitaldecke, wenige Fachkenntnisse und ein beschränktes technologisches Instrumentarium.
Diese Entwicklungen geben Anlaß zu öffentlicher Sorge und sind – in Harare ebenso wie in Paris oder Peking – Gegenstand von Debatten. Weltweit versprechen Politiker Abhilfe, müssen jedoch erkennen, daß sie ihre Versprechen kaum einlösen können. Der tradierte Glaube daran, daß Wirtschaftswachstum automatisch mehr Beschäftigung und eine Anhebung der Löhne herbeiführe, wird zunehmend erschüttert. Wenn eine Volkswirtschaft gedeihlich wächst, müssen sich die Menschen natürlich fragen, weshalb die Arbeitslosigkeit steigt und die Arbeitsplatzsicherheit abnimmt.
Die Frage, so UNDP im „Bericht zur menschlichen Entwicklung 1996", ob Wachstum neue Arbeitsmöglichkeiten schafft und damit zur menschlichen Entwicklung beiträgt, ist ... nicht nur eine Frage der Geschwindigkeit, sondern auch des jeweiligen Modells. Es hängt davon ab, was produziert wird; es hängt von der Art der Produkte und der eingesetzten Produktionstechnik und von der Verteilung des Produktivvermögens wie Grund und Boden und Kapital ab. All diese Momente wirken sich auf Art und Umfang der geschaffenen Arbeitsplätze aus. Und alle werden von der jeweiligen Politik bestimmt.
Beim Streben nach Wachstum kann die Regierung eines Landes folglich zwischen unterschiedlichen Wachstumsstrategien wählen: Zwischen einem Wachstum, das viele Beschäftigungsmöglichkeiten und einem, das nur wenige oder gar keine Arbeitsplätze schafft; zwischen einem Wachstum, das die Löhne hebt und einem, das sie drückt; zwischen einem Wachstum, das die Arbeitsbedingungen verbessert und einem, das miserable Bedingungen perpetuiert und zwischen einem Wachstum, das Existenzen sichert und einem, das die Menschen verunsichert. Kurz gesagt: Die Länder haben die Wahl zwischen einem Wachstum, das die Zahl und die Qualität der Arbeitsmöglichkeiten mehrt und einem Wachstum, das beides unterläßt. □

Wirtschaft im Schatten:



Überlebenskampf ohne Regeln und Normen

Der informelle Sektor wächst weltweit

Putzfrau in Mexiko, Straßenmusiker in Bogotá, Saisonarbeiter in der Landwirtschaft in Bangladesch, italienische Schneiderin zu Hause, Gemüsehändlerin in Dakar, Rosenverkäufer in Frankfurter Kneipen – all diese Menschen erleben ganz unterschiedliche Alltagsrealitäten. Trotzdem gehören sie alle zum informellen Sektor, einer Form der Arbeitswelt, die sich angesichts der Vielzahl ihrer Realitäten, nur schwer auf eine allgemeingültige Definition bringen läßt. Man ist leicht versucht, sich der Meinung anzuschließen, daß es sich „überhaupt nicht lohnt, viel Zeit mit der Definition des informellen Sektors zu verschwenden, denn wenn man ihn sieht, weiß man sofort, worum es geht". Auf den Straßen und im öffentlichen Leben der Dritten Welt kann man ihn sofort sehen und erkennen.

Die Merkmale, die für den informellen Sektor charakteristisch sind, schleichen sich auch mehr und mehr in die Arbeitsbeziehungen in den reichen Industrieländern und in mittelost- und osteuropäischen Ländern ein. Kurzfristige Auftragsarbeiten, Saisonarbeit, die Großfamilie als Finanzier und Mitarbeiter, keine soziale Absicherung, verschiedene Erwerbstätigkeiten gleichzeitig oder in rascher Abfolge, Einheit von persönlichem und Geschäftsvermögen und die Dominanz von ungeschützter Kinder- und Frauenarbeit sind nur einige Merkmale der „Schattenwirtschaft". Obwohl diese Arbeitsform keineswegs neu ist, hat sie durch ihr rasantes Ansteigen – bis Ende der 70er Jahre war die Schattenwirtschaft sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern auf dem Rückzug – in den letzten Jahren eine neue Qualität erreicht.

Was ist passiert? Für die Ausweitung der informellen Arbeitsbeziehungen sind zwei Ursachen maßgebend:

Erstens sind zunehmend mehr Menschen gezwungen, ihr Überleben durch bezahlte Arbeit zu sichern. Denn immer weniger Menschen sind in der Lage, ihre Selbstversorgung (Subsistenz) mit Nahrung, Kleidung und anderen Dingen des täglichen Lebens sicherzustellen, weil sich westliche Konsummuster durchsetzen. Zudem fallen in vielen Ländern immer mehr wichtige staatliche Sozial- und Dienstleistungen aufgrund der Strukturanpassungspolitik von IWF und Weltbank fort, so daß diese nun individuell finanziert werden müssen. Die Folge: Die Konkurrenz um Erwerbsarbeit wächst ständig.

Zweitens ist die Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen seit Anfang der achtziger Jahre weltweit von Wirtschaft und Politik auf die Tagesordnung gesetzt und zum allein seligmachenden Leitmotiv erklärt worden. Aufgrund des technischen Fortschritts ist es heute möglich, auch den informellen Sektor in die industrielle Produktion einzubeziehen. Auf der Suche nach den billigsten Arbeitskräften wird Heimarbeit und Kleingewerbe in vielen Teilen der Welt stärker herangezogen. Der informelle Sektor bietet dabei eine Flexibilität, die besonders gut den Erfordernissen der lagerhaltungsfreien und Just-in-time-Produktion entspricht. Indem höher bezahlte, sozial abgesicherte Jobs durch billige, unsichere Jobs ersetzt werden, findet eine zunehmende Verzahnung von großen Unternehmen des formellen Sektors mit kleinen Einheiten der Schattenwirtschaft statt. Dabei besitzen Speditions- und Frachtunternehmen eine Schlüsselrolle, denn ihre Logistik-Künste machen die Zerlegung und Auslagerung von Produktionsprozessen möglich und rentabel.

Nadel-Künstlerinnen

Die Insel Madeira, eine autonome Region Portugals, ist weltberühmt für ihre Stickereien, die in alle Welt exportiert und an Touristen verkauft werden. Die 20.000 Menschen, die in der Stickerei-Industrie arbeiten, stellen 1/5 der gesamten Arbeiterschaft von Madeira. Insgesamt gibt es in der Hauptstadt Funchal ungefähr 50 Stickereifirmen. Dort wird das Material geschnitten und die Spitze auf die Kleidung genäht und verkauft. Aber die ganze Stickerei erfogt in Heimarbeit durch Frauen. HeimarbeiterInnen in Madeira werden noch sehr schlecht bezahlt, sie erhalten nur ungefähr ein Viertel des Mindestlohnes, der in Portugal gezahlt wird. Aber die HeimarbeiterInnen in Madeira haben sich vor einigen Jahren organisiert und auch schon einiges erreicht: Sie haben offizielle Ansprüche für eine Rente erworben, Ihre Gewerkschaft ist in ganz Madeira bekannt. Zur Zeit kämpft sie für eine Arbeitslosenversicherung und ein früheres Rentenalter.
(Aus: HomeNet, Das Internationale Netzwerk für HeimarbeiterInnen, Nr. 3, Sommer 1996.)

Der informelle Sektor beschäftigt immer mehr Menschen

In Afrika arbeiten mehr als 60 Prozent der städtischen Arbeitskräfte im informellen Sektor, und bis zur Jahrtausendwende entstehen über 90 Prozent aller neuen Arbeitsplätze in diesem Bereich. Die Schattenwirtschaft produziert nicht selten die Hälfte der Gesamtproduktion eines Landes. Diese Quote ist in Asien oder Lateinamerika zwar niedriger, schwankt aber immerhin noch zwischen 13 und 30 Prozent. Vor allem in Lateinamerika nimmt die Bedeutung des informellen Sektors in den letzten Jahren enorm zu. Allein in den 80er Jahren verdoppelte sich die Zahl der Beschäftigten in der Schattenwirtschaft. Auch in Asien wächst der informelle Sektor deutlich schneller als der formelle, und zwar vor allem seit der Jahreswende 1997/98. In vielen Ländern suchen mehr als die Hälfte der städtischen ArbeitnehmerInnen ihr Auskommen in diesem Bereich. In Thailand beispielsweise sind 70 Prozent der nicht landwirtschaftlichen Arbeitskräfte vom informellen Sektor abhängig.
Seit einigen Jahren ist die Schattenwirtschaft auch in den reichen Ländern auf dem Vormarsch. Begünstigt durch das Leitmotiv Beschäftigungsflexibilität, hat der informelle Sektor in den meisten Industrieländern an Dynamik gewonnen. So arbeiten beispielsweise in Italien bereits mehr als 20 Prozent der industriellen Arbeitskräfte in diesem Bereich.

Der informelle Sektor: Abstellplatz für Frauen?

Der informelle Sektor ist vor allem für Frauen oft der einzige Ausweg aus Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Armut. In Indien beispielsweise sind von rund 91 Millionen Arbeitnehmerinnen 95 Prozent vom informellen Sektor abhängig, und zwar sowohl in den Städten, als auch auf dem Land. Dabei sind Frauen vorwiegend im Dienstleistungsbereich, vor allem als Straßenhändlerinnen oder Dienstmädchen tätig. Aber auch im Bekleidungs-, Schuh-, Lebensmittel- und im Elektroniksektor stellen sie die Masse der Arbeitskräfte. Häufig werden sie kaum wahrgenommen, weil viele von ihnen zu Hause oder in kleinen Betrieben in den Armenvierteln arbeiten.
Von wenigen Ausnahmen abgesehen, ist der Lohn im informellen Sektor erheblich niedriger als im formellen. So verdienen ungelernte Arbeitskräfte im öffentlichen Dienst und in den großen Privatunternehmen in Indien viermal mehr als Mitarbeiter in Kleinbetrieben des informellen Sektors. Ein Unterschied, der noch deutlicher wird, wenn man berücksichtigt, daß es keine Vorteile wie bezahlten Urlaub, Kranken- und Rentenversicherung gibt.

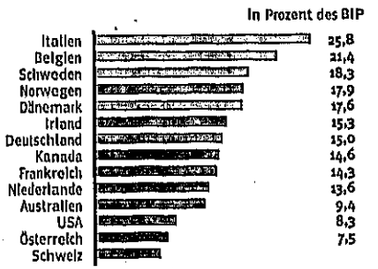
Der informelle Sektor: Zulieferer als Bindeglied zum formellen Sektor

Parallel zur Ausweitung des informellen Sektors ist in den letzten Jahren auch eine zunehmende Informalisierung des Industriesektors zu beobachten, und zwar vor allem in Entwicklungsländern. So sind etwa die großen Textilfabriken Bombays verschwunden. An ihre Stelle trat ein ganzes Heer von Einzelpersonen, Familien, kleinen Handwerksbetrieben oder Gruppen solcher Betriebe. Manchmal befindet sich sogar ein ganzes Dorf in Abhängigkeit von Zwischenhändlern, die für multinationale Unternehmen arbeiten und gehörige Provisionen einstecken. Je länger die Zuliefererkette ist, um so niedriger fallen die Einnahmen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aus, die am Ende der Produktionskette stehen.
Dem Internationalen Arbeitsamt zufolge sind heute weltweit rund 200 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer solchermaßen beschäftigt. Fast immer arbeiten sie ohne Absicherung bei Unfällen, Mutterschaft, Arbeitsunfähigkeit, Krankheit oder im Alter. Dafür machen viele private Vermittler und Vermittleragenturen saftige Gewinne.
In den USA ist der Umsatz der Zeitarbeitsagenturen zwischen 1970 und 1992 auf das Dreißigfache gestiegen. Viele Konzerne delegieren immer mehr Aufgaben an Zulieferer. Etliche große Gesellschaften organisieren heute lediglich noch Absatz und Marketing.

Der informelle Sektor: Comeback der Heimarbeit

Im 19. Jahrhundert leistete Heimarbeit einen wichtigen Beitrag zu den ersten Schritten der Industrialisierung in den westlichen Ländern. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts ging diese Arbeitsform jedoch nach und nach zurück. Sie hielt eine Art Winterschlaf, der bis in die 70er und 80er Jahre anhalten sollte, als der steigende Einsatz von Zulieferern weltweit einen neuen Aufschwung der Heimarbeit herbeiführte und technologische Revolutionen in der Datenkommunikation zum Vormarsch der Tele-Heimarbeit führte.
Heute ist Heimarbeit integrierter Bestandteil der Arbeitsorganisation auf internationaler Ebene. Allerdings ist diese Produktionsform in der Regel „unsichtbar" und schwer zu quantifizieren. Einige Zahlen deuten jedoch auf ein enormes Ausmaß an Heimarbeit hin. So sollen in Japan nahezu eine Million Menschen in ihren eigenen vier Wänden arbeiten, in Indien mehr als sieben Millionen und auf den Philippinen sind 37 Prozent aller Arbeitskräfte Heimarbeiter.
Überwiegend handelt es sich dabei um Tätigkeiten, die mit einer dürftigen Minimalausstattung auskommen und nicht allzu strengen Qualitätsnormen unterliegen. Allerdings greifen auch Spitzenindustrien wie Elektronik und Automobilherstellung heute zunehmend auf diese Produktionsform zurück.
Nach Angaben der IAO sind 95 Prozent der Heimarbeiter Frauen. Für sie ist Heimarbeit oft die einzige Möglichkeit, ein eigenes Einkommen zu erzielen und gleichzeitig weiter ihre Familienpflichten wahrzunehmen, die ihnen traditionellerweise zufallen. Für alleinerziehende Mütter ist Heimarbeit oft der einzig praktikable Weg, um den Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder zu sichern. Und sie ist auch die einzige Arbeitsform, die der an vielen Punkten dieser Erde noch gültigen kulturellen Auflage entspricht, derzufolge Frauen nicht außerhalb des ehelichen Wohnorts arbeiten dürfen.
Als letztes Glied in der Zulieferkette ist die Situation der HeimarbeiterInnen besonders prekär. Die tatsächlichen Arbeitgeber, die Großkonzerne, entledigen sich durch das System der Zwischenhändler bisher jeder sozialen Verantwortung. Niedrige Löhne, geringe oder gar keine Sozialabgaben, minimale Investitionen und keine Betriebskosten garantieren ihnen optimale Gewinne. Die Vereinzelung der ArbeiterInnen macht es zudem wenig wahrscheinlich, daß sie sich kollektiv organisieren und eventuell gewerkschaftliche Forderungen stellen.
Das soll sich jetzt ändern! Trotz entschiedenen Widerstandes der Arbeitgebergruppe und einiger Regierungen, darunter die der Bundesrepublik, verabschiedete die 83. Versammlung der Inter-

„Schattenwirtschaft" ein internationales Phänomen



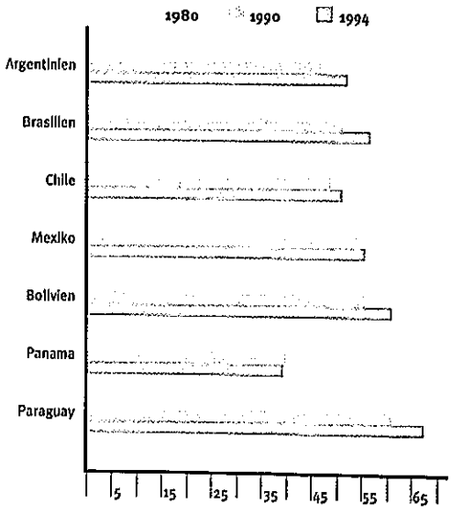
(Quelle: Welt der Arbeit 1998)

Heimarbeit: Ein widersprüchliches Bild

Mit dem Konzept der Heimarbeit sind widersprüchliche Bilder verbunden. Einerseits ist da das Bild eines schäbigen Verschlages, in dem eine Arbeitnehmerin in der Dritten Welt sich unter skandalösen Bedingungen, die man erahnt, über eine Nähmaschine beugt. Ein Bild mit negativen Anspielungen, das oft verwendet wird, um in der Öffentlichkeit die Ausbeutung anzuprangern, der die Heimarbeiterinnen ausgesetzt sind. Andererseits ist da das Bild der westlichen Superfrau, die, bequem zu Hause eingerichtet, Telefon in der Hand und Computer auf dem Schreibtisch, ohne weiteres ihre beruflichen Verpflichtungen mit den Hausaufgaben der Ältesten oder den Masern des Jüngsten vereinbart. Dem zeitlichen Leerlauf und dem Streß des Staus zu entkommen, in einem so persönlichen Umfeld wie dem eigenen Haus zu arbeiten, seinen Arbeitstag nach den eigenen Bedürfnissen einzurichten, keine alltäglichen hierarchischen Spannungen aushalten zu müssen und vor allem Beruf und Familie besser unter einen Hut zu bringen ... die Telearbeit trägt den Charme höherer Lebensqualität, besonders für Frauen, die als erste unter der Unvereinbarkeit von klassischer Arbeitsorganisation und Familienleben leiden. Aber Vorsicht vor den sozialen Schattenseiten dieser Idylle! (Aus: Natacha David, Zwei Frauen und die Weltwirtschaft, IBFG, März 1996)

Beschäftigung im informellen Sektor

in Lateinamerika



(Quelle: ILO 1996a; Globale Trends 1996)

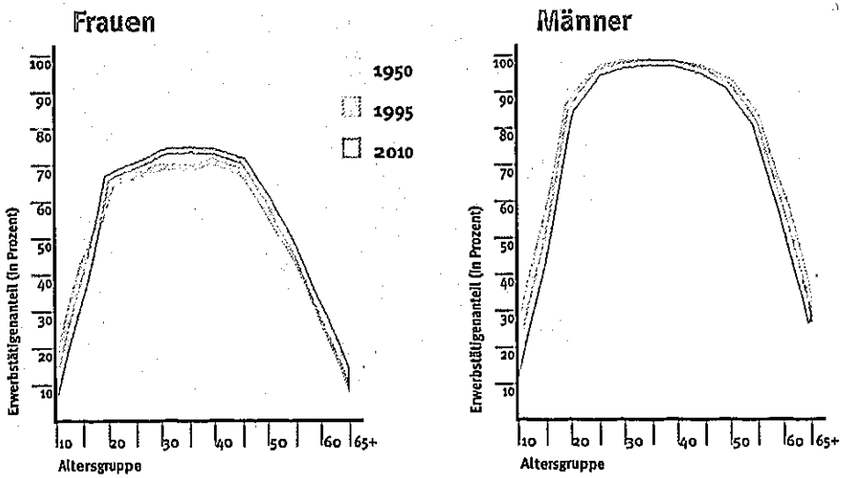
nationalen Arbeitsorganisation (IAO) im Juni 1996 eine Konvention und Empfehlungen zur Heimarbeit. Darin werden die 170 Mitgliedsstaaten aufgefordert, die Bedingungen für Heimarbeit zu verbessern und einen gesetzlichen Rahmen dafür zu schaffen, daß Heimarbeit in Zukunft anderen Erwerbsformen gleichgestellt und geschützt wird. Zudem werden Regelungen für Heimarbeiterinnen in den Industrieländern für notwendig gehalten, in denen die moderne Computertechnik ihre Anzahl steigen läßt.

Der informelle Sektor: Fördern oder Bekämpfen?

Die Defizite und Nachteile in der Schattenwirtschaft sind offensichtlich. Trotzdem ist der informelle Sektor eine Realität, und er nimmt zu. Dieser Tatsache entsprechend, hat sich in den letzten Jahren die Einstellung gegenüber dem informellen Sektor auf vielen gesellschaftlichen Ebenen grundlegend geändert. Wurde er von der Politik lange abgelehnt und bekämpft, gehen heute die politischen und wirtschaftlichen Strategien eher in die Richtung Förderung des informellen Sektors. So

Erwerbstätigenzahlen nach Geschlecht und Altersgruppe für die Jahre 1950 – 2010

weltweite Entwicklung



(Quelle: IAA, Economically active population, 1950 – 2010, 4. aufl., Dez. 1996)

haben beispielsweise die politischen Parteien in Lateinamerika die Schattenwirtschaft längst als Wählerreservoir entdeckt und entsprechende politische Kampagnen gestartet.

Auch die IAO tendiert heute zur Förderung des informellen Sektors. Sie sieht sich dabei aber im Grunde genommen vor eine fast unlösbare Aufgabe gestellt. Denn einerseits spricht der informelle Sektor allem Hohn, wofür die Organisation seit vielen Jahrzehnten kämpft, nämlich Schutz der abhängig Beschäftigten, soziale Partnerschaft, Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Doch andererseits macht sich die Organisation keine Illusionen darüber, daß es auf absehbare Zeit keine Alternative gibt und daß seine Abschaffung eben nicht einfach verordnet werden kann. Diese Ambivalenz spiegelt sich auch in den praktischen Programmen der IAO zum informellen Sektor wider. Einerseits werden beispielsweise Studien über die Kosten zur Formalisierung und Anpassung der Rechtssysteme angestellt sowie Projekte zur Selbstorganisation von Produzenten in zunftähnlichen Zusammenschlüssen unterstützt. Andererseits verstärkt die Genfer Organisation ihre Anstrengungen zur Verbesserung der staatlichen und privaten Förderung für Kleinunternehmen mit dem Fernziel, zunehmend Arbeitskräfte aus dem informellen Sektor zu absorbieren und den gesamten Sektor auszutrocknen.

Für Gewerkschaften ist der informelle Sektor bis heute ein gesetzloser Dschungel. Einige mutige Gewerkschaften haben jedoch den Anfang für eine Organisierung gemacht und einen beschränkten Grad an Sicherheit und Rückhalt für die Beschäftigten in diesem Bereich geschaffen. Allerdings ist eine weitere Unterstützung von Gewerkschaftsmitgliedern, vor allem durch kommunale und nationale Behörden vonnöten. Diese müssen die Arbeitgeber verpflichten, sich offiziell einzutragen, damit schrittweise ein Prozeß eingeleitet werden kann, der den armen Bevölkerungsschichten grundlegende Mindestarbeitsbedingungen sichert. □

Die Verlierer der Globalisierung: Frauen und Kinder

Frauenarbeit als globale Billigware

„Wer kurz mit seiner Nachbarin am Fließband plaudert, muß den ganzen Tag in der Ecke stehen und wird für diese Zeit nicht entlohnt. Nur zweimal täglich dürfen Frauen auf die Toilette", beschrieb die salvadorianische Näherin und Gewerkschaftlerin Hernandez Ende 1996 in der Frankfurter Rundschau (FR) die schlimme Situation in einem Bekleidungsbetrieb ihres Landes. „Obwohl Mottenpulver die Luft verpestet, fehlen Belüftungsanlagen. Viele Unternehmen ziehen Beiträge für die Sozialversicherungen ab, leiten das Geld aber nicht weiter. Wenn sie krank werden, müssen die betroffenen Arbeiterinnen auf medizinische Behandlung verzichten." Wer aufbegehre, so Rosa Virginia Hernandez, der lande auf der Straße, „wo wegen der hohen Arbeitslosigkeit für jede Gekündigte zehn neue Bewerberinnen stehen."
In ihrem Land, so erzählte die guatemaltekische Frauenrechtlerin Sonia Escobedo im gleichen FR-Artikel, werden Näherinnen mit Beruhigungs- oder Aufputschmitteln vollgepumpt. In regelmäßigen Tests stellen Unternehmen zudem fest, wer schwanger und damit frühzeitig zu kündigen ist. Jobsuchende müssen häufig einen undatierten Kündigungsbrief unterschreiben, in dem sie auf alle Ansprüche verzichten.
Die weltweite Ausbeutung von Frauen – grenzenlose Kommunikationstechnologie und immer schnellere und billigere Transportmöglichkeiten haben sie möglich gemacht. Frauen nähen in den Weltmarktfabriken Südostasiens und Mittelamerikas, tippen in Jamaika Daten für US-Konzerne und migrieren als Dienstmädchen nach Übersee. Laut Internationalem Arbeitsamt (IAA) nimmt die Frauenquote weltweit am Arbeitsmarkt seit 20 Jahren ständig zu. Fast die Hälfte aller Frauen zwischen 15 und 64 Jahre haben oder suchen heute einen Arbeitsplatz. Allerdings weist der Frauenanteil regional sehr große Unterschiede auf. So schwankt die Quote zwischen mehr als 75 Prozent in Schweden und gut 60 Prozent in Deutschland und Japan. In Südostasien stellen die Frauen in den Freien Produktionszonenzonen bis zu 80 Prozent der Arbeitskräfte, in den arabischen Ländern 25 Prozent und in Lateinamerika 30 Prozent. Einen rückläufigen Frauenanteil verzeichnen Mittel- und Osteuropa sowie Afrika südlich der Sahara. Oft bleibt die Arbeit von Frauen jedoch unsichtbar für die Statistiker, z.B. ihre Tätigkeit im informellen Sektor.
Ist diese Feminisierung der Beschäftigung nun ein Faktor der weiblichen Emanzipation und Gleichberechtigung? Für „Millionen unerfahrener Frauen ist heute eine Möglichkeit gegeben, finanziell unabhängig zu werden und sei es nur eine Zeitlang. Damit wird eine Bresche in die Mythen und Tabus der traditionellen Gesellschaft geschlagen, die sie auf einen untergeordneten Rang verweise", heißt es dazu in einer Studie des IBFG, die aber gleichzeitig auf „den Preis schwerer Opfer im sozialen Bereich" verweist. Denn tatsächlich seien es die Frauen, die den größten Teil der Kosten der wirtschaftlichen Globalisierung tragen.
Es ist also nicht politisch gewollte Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen in der Arbeitswelt, die die Zahl der erwerbstätigen Frauen so deutlich ansteigen läßt. Die meisten Frauen treibt die Armut, die Verantwortung für das Familieneinkommen und die oktroyierte Anpassung an westliche Konsummuster in die Fabriken oder in die Heimarbeit. Die Feminisierung der Beschäftigung, so das IAA, die einmal als Vehikel für mehr Gleichberechtigung und ökonomische Selbständigkeit gedacht war, zeigt sich heute also eher als Retourkutsche in frühkapitalistische Produktionsverhältnisse.

Die Diskriminierung von Frauenarbeit ist ein globales Problem

Im Erwerbsleben sind die Frauen gegenüber den Männern auf verschiedene Weise benachteiligt.

☐ Sie sind es, die den Löwenanteil der Verantwortung für die Familie und das Gemeinwesen übernehmen. Drei Viertel ihrer Arbeitszeit widmen Frauen diesen unbezahlten Tätigkeiten.

☐ Aber ihrer Arbeit in Haus und Familie wird nicht nur eine materielle Entlohnung verweigert, sondern der mit diesen Tätigkeiten verbundene Lebensrhythmus kollidiert mit den Anforderungen einer Erwerbswelt, die sich noch immer an männlichen Normen und Zeitabläufen orientiert.
Auch die Frauen, die sich so flexibel zeigen und Einlaß in den modernen Arbeitsprozeß gefunden haben, müssen für ihr Geschlecht „bezahlen".

☐ Weltweit erhalten Frauen durchschnittlich ein Viertel weniger Lohn als Männer, in der Bundesrepublik ist es sogar ein Drittel.

☐ Frauen werden nach wie vor aus vielen Berufen ausgegrenzt. 80 Prozent aller Datenerfasser und Kellner sind Frauen, aber nur 20 Prozent Ärztinnen, knapp 15 Prozent Architektinnen und nur 3 Prozent Pilotinnen. Wo immer eine arbeitsintensive Produktion technisch aufgerüstet wird, ändert sich das Beschäftigungsverhältnis zugunsten von Männern und besser bezahlten Jobs. Frauen verarbeiten Daten, Männer programmieren, Männer bedienen Webstühle, Frauen die Nähmaschinen....

Die IAO erarbeitet ein Übereinkommen zur Beseitigung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit

Auf der 86. Sitzung der Internationalen Arbeitskonferenz wurde ein neues internationales Übereinkommen zur Bekämpfung der unerträglichsten Formen der Kinderarbeit in erster Lesung behandelt und verabschiedet. Die endgültige Verabschiedung des Übereinkommens und der Empfehlung soll nach Vorstellungen des Verwaltungsrates der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) auf der Arbeitskonferenz 1999 erfolgen.

In der jetzt vorliegenden Form umfaßt das Übereinkommen alle Menschen, die jünger als 18 Jahre sind, und es verpflichtet die unterzeichnenden Staaten zum Verbot und zur unverzüglichen Beseitigung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit. Unberücksichtigt blieben dabei jedoch, obwohl dies von der Arbeitnehmergruppe eingebracht wurde, die zwangsweise Rekrutierung von Kindern zu kriegerischen Handlungen und Tätigkeiten, die auf Grund ihrer zeitlichen Länge einen Schulbesuch unmöglich machen. Sowohl die Regierungsgruppe als auch die Arbeitgebergruppe sprachen sich gegen die Aufnahme dieser Bereiche aus.

Entsprechend der IAO-Struktur sind im Übereinkommen dreigliedrige Verfahrens- und Konsultationsstrukturen festgelegt. Diese sollen zum einen die schlimmsten Formen der Kinderarbeit erfassen, periodisch Überprüfen und einen Überwachungsmechanismus schaffen. Zudem sollen notwendige Aktionsprogramme entwickelt und durchgeführt werden. Dabei soll das neue Übereinkommen bestehende IAO-Normen, wie beispielsweise das Übereinkommen 138 über das Mindesalter, bestätigen und ergänzen.

Aus dem Aktionsplan der IV. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking

Förderung der wirtschaftlichen Rechte und Unabhängigkeit der Frauen, namentlich des Zugangs zu Beschäftigungsmöglichkeiten und angemessenen Arbeitsbedingungen sowie Kontrolle über Wirtschaftsressourcen. Zu ergreifende Maßnahmen seitens der Regierung
a) Erlaß und Durchsetzung von Rechtsvorschriften zur Gewährleistung der Rechte von Frauen und Männern auf gleiche Bezahlung für gleiche oder gleichwertige Arbeit.
c) Durchführung von Gesetzes- und Verwaltungsreformen, um die Frauen im Hinblick auf die wirtschaftlichen Ressourcen, namentlich den Zugang zu Eigentum von und Verfügungsgewalt über Grund und Boden, sonstige Vermögensformen, Kredite, Erbschaften, natürlichen Ressourcen und geeigneten Technologien den Männern rechtlich gleichzustellen.
g) Bemühungen um die Gewinnung umfassenderer Erkenntnisse über Arbeit und Beschäftigung, unter anderem durch Anstrengungen zur Messung und zum besseren Verständnis der Art, des Umfangs und der Verteilung der unbezahlten Arbeit, ... einschließlich der Entwicklung von Methoden zur quantitativen Bewertung der unbezahlten Arbeit, mit dem Ziel, diese möglicherweise in Rechnungen zum Ausdruck zu bringen, die getrennt von, jedoch im Einklang mit den eigentlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erstellt werden können.

☐ Obwohl Frauen oft besser qualifiziert sind, werden die besserbezahlten Jobs nach wie vor an Männer vergeben.

☐ In Europa befinden sich weitaus mehr Frauen als Männer unfreiwillig in Teilzeitarbeitsverhältnissen.

☐ Auch von Arbeitslosigkeit sind Frauen härter betroffen. Mitte der 90er Jahren war in den Industrieländern ein Anteil von durchschnittlich mehr als 8 Prozent der Frauen gegenüber 7 Prozent der Männer erwerbslos. Am größten war die Kluft in Spanien: Dort waren 24 Prozent der weiblichen und nur 10 Prozent der männlichen Erwerbspersonen ohne Arbeit.

Auch bei den verbleibenden Möglichkeiten, sich den Lebensunterhalt durch ein eigenes Einkommen zu sichern, müssen Frauen einen Hindernislauf absolvieren, während Männer auf die Sprintstrecke dürfen.

■ Aus rechtlichen oder gewohnheitsrechtlichen Gründen sind Frauen noch immer häufig aus der Erbfolge ausgeschlossen, wird ihnen der Besitz von Land verweigert, oder sie sind in ihrer Verfügungsgewalt über eigene Ressourcen eingeschränkt.

☐ Frauen besitzen im Vergleich zu Männern kaum materielle Werte und haben daher auch sehr viel mehr Schwierigkeiten beim Zugang zu Krediten. Überraschend ist daher nicht, daß von den insgesamt 1,3 Milliarden Armen 70 Prozent Frauen sind.

Arbeitsmigration: Menschen im Sog der Arbeitsplätze

Schon seit Urzeiten wandern Menschen auf der Suche nach Einkommen von Ort zu Ort. Aber noch nie waren so viele auf der Suche nach Arbeit unterwegs wie heute. Immer mehr Menschen verlassen ihren Heimatort oder ihr Heimatland, um Geld zu verdienen und um das zu finden, was sie in ihrer ursprünglichen eigenen Lebenswelt nicht mehr finden: einen bezahlten Arbeitsplatz, der ihnen und ihrer Familie das Überleben sichert. Frauen, die sich nicht selbst auf Jobsuche begeben, bekommen die Folgen der Migration zu spüren. Sie müssen den Mann als Familienoberhaupt ersetzen, wenn dieser seine Familie verläßt, um irgendwo weit weg Geld zu verdienen.

Um arbeiten zu können, folgen Menschen, wenn auch nicht gerne, immer bereitwilliger den Güter-, Dienstleistungs- und Investitionsströmen und werden dadurch zum festen Bestandteil des wirtschaftlichen Globalisierungsprozesses. In Europa sind dies immer noch mehrheitlich Männer, die beispielsweise aus Osteuropa auf die Baustellen im Westen ziehen. Dort haben sie inzwischen heftige Debatten über die Einhaltung von Mindestlöhnen ausgelöst. Doch in Asien und Lateinamerika stellen inzwischen Frauen den größten Teil der Wanderarbeitskräfte. In Indonesien kommen drei Wanderarbeiterinnen auf einen Wanderarbeitnehmer und in Sri Lanka sind es drei Frauen auf zwei Männer. Auf den Philippinen ist der Abstand noch größer: Bei innerasiatischen Zielen zählt man 12 Frauen pro Mann. Die Mehrheit dieser Arbeitsmigrantinnen arbeitet in Dienstleistungsindustrien, oft unter wenig beneidenswerten illegalen Bedingungen.

Grundsätzlich wird bei Bedarf in Asien Frauenarbeit importiert. Gefragt ist qualifiziertes, leistungsfähiges und gleichzeitig billiges Personal. In der Regel sind die Frauen nicht älter als 25 Jahre, zwei von fünf sind sogar noch nicht einmal 15 Jahre alt. Sie werden mit minimalen Löhnen abgespeist, um die Standortattraktivität nicht zu beeinträchtigen. So stammen etwa die „Singapore Girls" der Singapore Airlines nicht aus Singapur. Sie kommen größtenteils aus Malaysia und, weil die Löhne dort steigen, immer öfter auch aus Indonesien.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften für häusliche Dienstleistungen beschränkt sich aber nicht nur auf Asien. Auch in Mittelschichthaushalten in Italien und Deutschland finden sich immer mehr junge Thailänderinnen und Philippinas, die dort – nicht selten illegal – als Dienst- und Kindermädchen arbeiten. In die USA migrieren vor allem Frauen aus Lateinamerika und der Karibik. Dabei ist für illegal einwandernde Männer und Frauen die Gefahr, ausgebeutet zu werden, um ein Vielfaches größer als bei legaler Migration. Ohne Möglichkeit, auf sich aufmerksam machen zu können, sind Illegale denen, für die sie arbeiten, und denen, die ihnen zur Einreise verholfen haben, hilflos ausgeliefert. Aber auch der Weg zurück ist ihnen häufig versperrt. Kaum ein Auswanderer ist sich darüber im klaren, wie schwierig es ist, aus einem illegalen Status heraus wieder ins Heimatland einzureisen. Aus dem Schritt in die Illegalität kann daher schnell ein ein erster Schritt ins kriminelle Milieu werden.

Am Ende der Reise: Prostitution

Für immer mehr Frauen und auch immer mehr Kinder endet die Suche nach einem Einkommen heute in der Prostitution. Ihre Körper sind oft ihr einziges und letztes Kapital. Der Sexmarkt ist heute internationaler denn je, weil viele Frauen bei der Arbeit in der Prostitution fremde Länder bevorzugen. Europäische Bordelle sind voll mit Frauen aus Thailand, den Philippinen, Süd- und Mittelamerika und Mittel- und Osteuropa. Dabei hat gerade in letzter Zeit die Diskussion um Migrantinnen in der Prostitution eine merkwürdige Schieflage erhalten. Sehr intensiv wird darüber debattiert, ob die Frauen freiwillig dieser Arbeit nachgehen oder ob sie dazu gezwungen werden. Es ist richtig, daß ein großer Teil der ausländischen Prostituierten nicht in die Bordelle verschleppt wird, aber auch diese Frauen gehen nicht freiwillig „anschaffen". Vielmehr sind sie Opfer von Armut und Arbeitslosigkeit und damit von strukturellen Zwängen. Solange nicht nach den gesellschaftlichen Chancen und Bedingungen des Überlebens gefragt wird, bleibt diese Diskussion oberflächlich. Denn beim Phänomen ausländischer Frauen im Sexgeschäft geht es nicht um die individuelle Moral von Frauen, sondern darum, inwieweit das gesellschaftliche Umfeld Alternativen zu dieser Art Einkommen bietet.

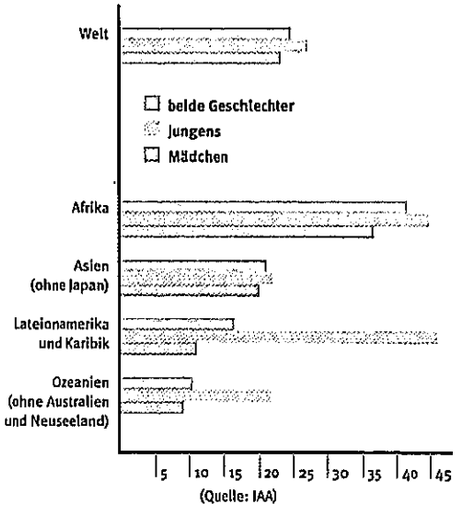
Konkurrenzlos billig und willig: Kinderarbeit am Ende des 20. Jahrhunderts

Die Ausbeutung von Kindern ist einer der beunruhigendsten Aspekte der heutigen internationalen Arbeitswelt. Niemand weiß genau, wie viele Kinder arbeiten. Statistiken sind kaum erhältlich, aber geschätzt wird ihre Gesamtzahl auf 100 bis 200 Millionen. In den meisten Ländern der Welt ist Kinderarbeit heute zwar offiziell verboten, aber sie findet dennoch statt. Versteckt und verdeckt in der Illegalität, kann sie hemmungslos besonders ausbeuterische Strukturen annehmen – in Bergwerken, Fabriken, Haushalten, im Straßenverkauf, im Tourismusgewerbe und in der Prostitution.

Kinder arbeiten meist ohne zeitliche Begrenzung unter ärmlichen, gesundheitsschädigenden und gefährlichen Bedingungen. Chronische Krankheiten, Unfälle und Behinderungen als Folge der unkontrollierten Arbeit von Kindern sind die Folge. Die Spätschäden an Leib und Seele werden in ihrem ganzen Ausmaß oft erst in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sichtbar. So fragen sich hondurianische Gewerkschafter, was aus Kindern und jungen Mädchen einmal werden soll, die nur als funktionierendes Rädchen in der gigantischen Maschinerie textilproduzierender Weltmarktfabriken arbeiten. Eine der schlimmsten Begleiterscheinungen der kommerziellen Nutzung von Kinderarbeit ist die fehlende Rücksichtnahme auf persönliche oder gesellschaftliche Zukunftsperspektiven dieser jungen Menschen. Häufig werden

Anteil erwerbstätiger Kinder

in der Altersgruppe der fünf- bis Vierzehnjährigen in %



(Quelle: IAA)

die Kinder von den Arbeitgebern vor die Alternative gestellt: Entweder du arbeitest hier, oder du gehst zur Schule.

Doch nicht jede Beschäftigung von Kindern ist Kinderarbeit. Kinder helfen im Alter von sechs oder sieben Jahren im Haushalt, machen kleine Besorgungen oder arbeiten auf dem elterlichen Bauernhof. Dies kann durchaus ein Beitrag zu ihrer weiteren Entwicklung sein.

Wenn heute die Rede von der weltweit zunehmenden Kinderarbeit ist, geht es um folgende Merkmale:

- ☐ Arbeitsbeginn bereits im frühen Lebensalter – Kinder in den sogenannten Entwicklungsländern beginnen oft im Alter von sechs oder sieben Jahren mit der Fabrikarbeit.
- ☐ Lange Arbeitszeiten – in manchen Fällen 12 bis 16 Stunden pro Tag.
- ☐ Sehr niedrige Entlohnung – zum Beispiel 3 US-$ für eine 60-Stunden-Woche.
- ☐ Die persönlichen Bedürfnisse und Entwicklung des Kindes spielen überhaupt keine Rolle. Sie werden für die Arbeit abgerichtet und nicht gefördert.

Weltweiter Marsch gegen Kinderarbeit

Über 600 Organisationen in 95 Ländern unterstützen mittlerweile den Global March Against Child Labour (Weltweiter Marsch gegen Kinderarbeit). Auch in Europa und besonders Deutschland sind zahlreiche entwicklungspolitische Organisationen, Gewerkschaften und Jugendverbände dem Aufruf des Südostasiatischen Bündnisses gegen Kindersklaverei (SACCS) und der britischen Menschenrechtsorganisation Anti-Slavery International gefolgt und haben die Aktion unterstützt. Aus allen Erdteilen machten sich Anfang 1998 Kinder und Jugendliche auf den Weg und trafen im Juni in Genf mit Deligierten der Internationalen Arbeitskonferenz zusammen, die damals über die neue Konvention zum Verbot der schrecklichsten Formen von Kinderarbeit berieten.

- ☐ Kinderarbeit ist allein ein Kostenkalkül.
- ☐ Kinder benötigen den Lohn für das eigene Überleben oder als wichtiges Zubrot für ihre Familien; sie tragen Verantwortung als Mit- oder manchmal sogar als Alleinernährer.

Kinder akzeptieren solche Arbeitsbedingungen nur, weil sie entweder durch ökonomische Zwänge oder Gewalt dazu gezwungen werden. Wie realistisch ist die Forderung nach einem Verbot von Kinderarbeit überhaupt? Ein allgemeines Verbot ist problematisch. Es würde nichts am Zwang ändern, arbeiten zu müssen, um leben zu können. Vielmehr entsteht durch ein Verbot ein schutzloser Raum für arbeitende Kinder, da sie für etwas, das grundsätzlich verboten ist, weder höhere Löhne noch Gesundheitsschutz und schon gar nicht geregelte Arbeitszeiten einklagen können.

Kinderarbeit sollte daher nicht pauschal abgelehnt werden. Vielmehr sollte sich das Bemühen, Kinderarbeit abzuschaffen, in Anstrengungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen manifestieren.

Moralische Empörung reicht im Kampf gegen Kinderarbeit nicht aus. Es muß nach den Ursachen und den Bedingungen von Kinderarbeit gefragt werden. Es sind Kriterien zu entwickeln, welche Kinderarbeit unterscheiden in ausbeuterische, schädliche und in sinnvolle Tätigkeiten, die die Entwicklung fördern.

Kindern müssen Alternativen geboten werden. Sie

dürfen mit ihrer Lebensrealität nicht alleingelassen werden, sondern brauchen Angebote, die ihren aktuellen Lebensunterhalt sichern und ihnen gleichzeitig eine Lebensperspektive bieten. Vor allem muß sehr viel mehr an schulischer Ausbildung angeboten werden, und zwar in Formen, die die Lebens- und Arbeitssituation der Kinder berücksichtigen.

Kindergerechte Lebensbedingungen können nur gemeinsam mit Kindern entwickelt werden. Ein erster Schritt, die Lebenssituation von Kindern zu verbessern ist, ihre Bedürfnisse, Erfahrungen und ihre Weltsicht ernstzunehmen. Bisher haben Erwachsene alle Rechte, Kinder überhaupt keine. Jedenfalls keine, die sie selbst einklagen können, weil sie als juristische Rechtspersonen nicht anerkannt sind. Das weitgehende Elternrecht in der Bundesrepublik ist ein Beispiel dafür. Daß Kinder sich jedoch als politisch-soziale Subjekte verstehen, wird vor allem in Lateinamerika deutlich in den Versuchen, sich selbst zu organisieren. Diese Anstrengungen müssen unterstützt und nicht bevormundet werden.

Kindern müssen Schutzräume angeboten werden. Kinder werden nicht nur ausgebeutet, indem sie für wenig Geld Dienstleistungen erbringen, sondern Kinder werden in sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen auch ihrer physischen Freiheit beraubt. Sie sind immer öfter Rohstoff lukrativer Geschäfte mit menschlichen Organen, und sie werden zu Kanonenfutter in Kriegen, die Erwachsene verschuldet haben. Dort, wo mit den Körpern von Kindern gearbeitet wird, benötigen sie Zufluchtsstätten und ein eigenes Flüchtlings- und Asylrecht. Gleichermaßen müssen die Geschäftemacher viel ernsthafter juristisch verfolgt werden.

Kinderprostitution muß geächtet werden. Kinderprostitution ist das beschämendste und krasseste Beispiel, daß die Nachfrage von Erwachsenen – mit einer rasant zunehmenden Anzahl von Männern aus Industrieländern – Kinder zu einer Tätigkeit zwingt, die sie ihr Leben lang prägt. Aber auch die schönen, billigen Teppiche aus Indien, Marokko oder andere Kunstgegenstände, die Touristinnen gerne kaufen, werden von Kindern unter miserablen Arbeitsbedingungen angefertigt.

Auch in unserer eigenen Gesellschaft findet Kinderarbeit statt.

Es gibt eine alltägliche Gewöhnung an Babysitter, an das Austragen von Zeitungen und Wurfsendungen. Kinder in der Werbung, Balljungen und -mädchen in bis nach Mitternacht dauernden Tennismatches, Kinderarbeit in der Landwirtschaft und in der Gastronomie ist eine Selbstverständlichkeit. Die Aufzählung ist kein Votum dafür, Kinder beschäftigungslos zu lassen, sondern für das Hinterfragen gesellschaftlicher Akzeptanz einer immer früher einsetzenden Integration von Kindern in gewerbliches und kommerzielles Denken und Handeln. ☐

Friedrich Ebert-Stiftung Bonn

Literatur:

Afheldt, Horst: Wohlstand für Niemand. Die Marktwirtschaft entläßt ihre Kinder, München 1994

Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung, Münster 1996

David, Natacha: Zwei Welten: Frauen und die Weltwirtschaft, IBFG, März 1996

Enloe, Cynthia: Silicon tricks and the two dollar women, New Internationalist no.227

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen: Bericht über die menschliche Entwicklung 1996, Hrsg: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen

Greider, William: Endstation Globalisierung. Der Kapitalismus frißt seine Kinder., München 1998

Hauchler, Ingomar (Hrsg.), Stiftung Entwicklung und Frieden: Globale Trends 1997, Frankfurt/Main 1997

Hirsch, Joachim: Der nationale Wettbewerbstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin 1996

HomeNet: Das internationale Netzwerk für Heimarbeiterinnen, Nr. 3, Sommer 1996

International Labour Office (ILO): Yearbook of Labour Statistics. 56th edition, 1997

Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG): Der Fluch der neuen Steuerparadiese. Die Unterdrückung der Gewerkschaften in den Freien Exportzonen, Brüssel 1996

Klingenbiel, Ruth, Randeria, Shalini (Hrsg.): Globalisierung aus Frauensicht, EINE-Welt Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 1998

Malinowski, Norbert: Die Auseinandersetzung um das NAFTA: Coaltion Building als Erweiterung der Strategieoptionen, Ruhr-Universität 1996, unveröffentl. Manuskript

Narr, Wolf-Dieter; Schubert, Alexander: Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/Main 1994

PROKLA 111, Globalisierung und Gender, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 28. Jahrgang, Nr.2, Juni 1998

Reich, Robert B.: Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie, 1993

Weltbank: Weltentwicklungsbericht 1995. Arbeitskräfte in einer zusammenwachsenden Welt

Wolf, Winfried: Casino Capital. Der Crash beginnt auf dem Golfplatz, Köln 1997

Adressen:

International Labour Office (ILO)
Internationale Arbeitsorganisation(IAO)
4 route de Morillons
CH-1211 Genf 22
Tel. 0041-22-799 61 11
Fax 0041-22-799 68 72

Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)
Bld Emile Jacqmain 155
B-1210 Brüssel
Tel. 0032-2-224 02 11
Fax 0032-2-201 58 15 - 203 07 56

Internationaler Bund der Bau- und Holzarbeiter (IBBH)
20, route de Pre-Bois
Case Postale 733
CH - 1215 Genf 15 Aéroport
Tel. 0041-22-788 08 88
Fax 0041-22-788 07 16

Internationaler Metallgewerkschaftsbund (IMB)
54 bis, routes des Acacias
Case Postale 1516
CH - 1227 Genf
Tel. 0041-22-343 61 50
Fax 0041-22-343 15 10

Internationale Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genußmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL)
Rampe du Pont-Rouge 8
CH - 1213 Petit-Lancy (Genf)
Tel: 0041-22-793 22 33
Fax 0041-22-793 22 38

Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
Kennedybrücke 4
53225 Bonn
Tel. 0228-946 77-0
Fax 0228-946 77-99

Starnberger Institut zur Erforschung globaler Strukturen, Entwicklungen und Krisen e.V.
Maximilianstr. 16
82319 Starnberg
Tel. 08151-80 66

Weitere Materialien

Entwicklungspolitik

Blütenträume - Wirtschaftsmacht

Kinderarbeit in der Dritten Welt

Arbeitnehmer - Betriebräte - Entwicklungszusammenarbeit

Frauenarbeit als globale Billigware?

Die Dritte Welt vor den Toren Europas

32 Nachhaltige Entwicklung

33 Baumwolle

34 Tabak

36 Informeller Sektor

40 Das neue Südafrika

42 Sozialklauseln und Gewerkschaften

43 Zukunftsfähige Eine Welt

44 Eisenerz und Stahlgewinnung

45 Übernationale Vernetzung - Medien in der Dritten Welt

46 Freie Produktionszonen - Grenzenlose Gewinne!

49 Kleider aus der Weltfabrik

51 Sprinten mit Weltmarktschuhen (Arbeitstitel i.V.)

52 Holz für Weltpapier (Arbeitstitel i.V.)

53 Spielzeug aus dem Weltmarktschrank

58 Weltarbeit – Welt der Arbeit

60 Globalisierung von unten gestalten

Europapolitik

SE 8 Gewerkschaftliche Regionalpolitik für Europa

SE 10 Made in Europa - Grundlagen für die europäische Gewerkschaftsarbeit

SE 11 Europabetriebsräte - Ein Schritt zum sozialen Europa

SE 12 Gesundheitsschutz in der Arbeitsumwelt - Fortschritt durch Europa?

SE 13 Entwicklungszusammenarbeit - Entwickelte Zusammenarbeit?

35 Gewerkschaftliche Dimensionen

37 Eurobetriebsräte

38 Frauen in der Europäischen Union - Hierarchie oder Emanzipation?

39 Freiwillige Eurobetriebsratsvereinbarungen

41 Die europäische Union: Militärisch oder zivil?

47 Arbeitslosigkeit in Europa

48 Zukunftsfähiges Europa – Europa zukunftsfähig?

50 Europäische Währungsunion

54 Investieren in Osteuropa

56 Finanz- und Wirtschaftsdaten – Handbuch

57 Finanz- und Wirtschaftsdaten – Toolkit für EBR

59 Beschäftigung – Sozialpolitik – Gleichberechtigung/ ein Vademecum

Gewerkschaftspolitik

Betriebsrat im Alltag

Kündigungsschutz

Tarifvertragsrecht

Kommunale Dienstleistungen

Der Öffentliche Dienst

Ökologie: Das Wasser

Arbeitslosigkeit

Mitbestimmung Europa

Krankenversicherung

Berufliche Bildung

Familienpolitik aus Frauensicht

Arbeitsmarktpolitik - Arbeitsförderung

Ökologie: Der Boden

Der Deutsche Gewerkschaftsbund

Renteaversicherung

Mit Ausländern leben

Ausländische Kollegen

Sozialplan

Ökologie: Die Luft

Neue Technologien und Rationalisierung im Betrieb

Leiharbeit und Werkvertrag

Arbeitsschutz

Strukturpolitik

Jugend- und Auszubildendenvertretung

Mieterschutz

Verbraucherschutz

Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften

Bildungswesen

Gefährliche Arbeitstoffe und geeignete Ersatzstoffe

Impressum

DGB Bildungswerk e.V.
Nord-Süd-Netz
Postfach 101026
40001 Düsseldorf
Tel. 0211/4301-258
Fax 0211/4301-500

1. Auflage

Erscheinungsdatum: August 1998

Gesamtherstellung: CONNECT GmbH/Köln

Redaktion: Werner Oesterheld, Chris Künster

Texte: Ulla Mikota, Friedhelm Mensing/Köln

Layout: graphik syndikat/Köln

Fotos: ILO/ Genf, Friedhelm Mensing, GTB/Düsseldorf, Misereor/Aachen, KNA/Frankfurt

Druck: Druckhaus Cramer/Greven

Diese Broschüre wurde auf chlorfreiem Papier gedruckt.